

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



© Ingu Müller

■ MIT BILLIGUNG DER USA UND DES WESTLICHEN IMPERIALISMUS:

## Israel setzt den Nahen Osten in Brand

Mit seinen Angriffen auf die Nuklearanlagen und hohe iranische Militärs schürt Israel ein Feuer, das zu einem Flächenbrand in der Region zu werden droht. Dabei handelt das zionistische Apartheidsregime seit seiner Gründung 1948 mit Billigung und Schützenhilfe der USA. Seine Aufgabe bestand in der Eindämmung und Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Staaten im Nahen Osten. Von der Eroberung der Sinai-Halbinsel während der Suez-Krise 1956 (der ägyptische Präsident Nasser hatte den in britischem Besitz befindlichen Suezkanal verstaatlicht) über den Sechs-Tage-Krieg 1967 bis in die heutigen Tage reicht die lange Kette militärischer Aggressionen Israels gegenüber seinen Nachbarstaaten.

In Fällen, in denen die militärische Kraft Israels nicht reichte, griffen die USA mit ihren Verbündeten direkt oder indirekt ein, z.B. mit der Eroberung des Iraks zum Sturz Husseins und mit der militärischen Intervention in Libyen zur Beseitigung Gaddafis. Diese Militärinterven-

tionen hinterließen ruinierte und zerstörte Länder, „failed states“, und ein politisches Machtvakuum. Bürgerkriege um die Machtverteilung und Besetzung der Staatsposten folgten. In den „failed states“ wuchsen die Möglichkeiten von Regional- und Weltmächten, mittels ihrer jeweiligen Verbündeten ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Bestes Beispiel ist Syrien. Seit über zehn Jahren unterstützten die USA und ihre Verbündeten über die Türkei die Oppositionskräfte (religiöse und islamische Extremisten), um den Sturz des Assad-Regimes herbeizuführen. Ihre jahrelangen Bemühungen führten erst vor wenigen Wochen zum Erfolg. Nach dem schnellen Vormarsch islamistischer Milizen brach das Regime in Damaskus für die meisten Beobachter und Beteiligten unerwartet rasch zusammen. Präsident Assad flüchtete ins russische Exil. Damit verlor die Regierung in Teheran ihren letzten staatlichen Verbündeten in der Region.

Bereits vorher war es der israelischen Armee gelungen, das Teheraner Regime und seine Verbündeten, die



© Ingu Müller

„Achse des Widerstandes“, derart zu schwächen, dass eine unmittelbare Gefahr für das israelische Staatsgebiet nicht mehr zu bestehen scheint. Zur „Achse des Widerstands“ zählten die palästinensische Hamas, die libanesische Hisbollah, die Huthi im Jemen und eben das Regime Assad in Syrien. Es wurde durch Milizen der Hisbollah unterstützt, die im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite der Regierung Assad in Damaskus kämpften. Über Syrien liefen auch die Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon.

Durch den Vernichtungsfeldzug in Gaza konnte die Hamas zwar nicht zerschlagen werden, aber ihre Fähigkeiten für Raketenangriffe wurden erheblich reduziert. Mit der Bombardierung des Libanon und dem Einmarsch im Süden des Landes wurden die Möglichkeiten der Hisbollah, durch den Einsatz ihres Raketenpotentials vor allem Ortschaften im Nordisrael zu treffen, auf ein Minimum reduziert. Mit der gezielten Ermordung der Hisbollah-Führungsspitze wurde ihre Bedeutung für das Kräfteverhältnis im religiösen Proporzsystems des Libanon erheblich geschwächt. Im Süden Syriens weitete das israelische Militär, dass seit 1967 die Golanhöhen völkerrechtswidrig besetzt hielt, ihre Besatzungszone aus und steht nunmehr nur noch 40 km vor der Hauptstadt Damaskus. Zudem wurden Einrichtungen der syrischen Armee und von Milizen vorsorglich durch die Luftwaffe angegriffen.

Die Bedingungen, die Israel großteils selbst herbei bombardiert hat, schienen also günstig, um einen militärischen Schlag gegen den Erzfeind in Teheran zu führen. Der Iran scheint derart geschwächt, dass die Opfer der erwartbaren Gegenschläge durch die israelische Luft- und Raketenabwehr (Iron Dome) auf ein „erträgliches“ Maß reduziert zu sein scheinen.

Bei ihren militärischen Aktionen in Gaza und im Westjordanland sowie gegen die Hisbollah fühlte sich die Regierung Netanjahu gedeckt und ermuntert durch

## Heft Nr. 2 · Juni 2025 · Jahrgang 66

|  |    |
|--|----|
| Israel setzt den Nahen Osten in Brand  | 1  |
| An den Parteivorstand Die Linke zu seinem Umgang mit der Kollegin Ulrike Eifler  | 5  |
| Unterschriftensammlung:<br>An den Vorstand der Partei DIE LINKE  | 5  |
| Gespräch mit Cem Ince, neugewählter Bundestagsabgeordneter für die Linkspartei (vorher beschäftigt im VW-Motorenwerk Salzgitter) | 6  |
| Tarifpolitik von ver.di findet immer weniger Rückhalt bei den Beschäftigten der Post   | 12 |
| Der Einstieg in die 42-Stunden-Woche – Der Reallohnverlust wurde nicht gestoppt!   | 14 |
| Die Auswirkungen der Inflationsausgleichsprämie auf die Sozialkassen   | 19 |
| Veranstaltung:<br>Griechenland ist übersät mit NATO-Stützpunkten   | 21 |
| Unserem Genossen Rolf Becker zum 90. Geburtstag und zur Verleihung des Rosa-Luxemburg-Preises                                    | 24 |
| Der bleibende Verdienst von Hans Steiger   | 27 |

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF  
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05  
 e-mail: kontakt@arbeiterpolitik.de • Internet: www.arbeiterpolitik.

die USA, besonders seit dem Amtsantritt von Donald Trump. Mit seinem öffentlich verkündeten Plan zur Schaffung einer „israelischen Riviera“ am Mittelmeer durch „Umsiedlung“ der palästinensischen Bevölkerung gab er der Regierung Netanjahu Rückendeckung für ihren Vernichtungs- und Vertreibungsfeldzug. Zugleich bediente er die Interessen seiner republikanischen Klientel aus klerikalen und zionistischen Evangelikalen. Die US-Regierung beteiligt sich direkt am Aushungern der Bevölkerung des Gaza über eine neu gegründete „Hilfsorganisation“. Die „Gaza Humanitarian Foundation“ (GHF) ist eine US-amerikanische Initiative, die die bisherigen Hilfslieferungen durch UN-Organisationen ersetzen soll, weil diese sich nicht instrumentalisieren lassen beim Aushungern der Gaza-Bevölkerung. Vorsitzender der GHF wurde Johnnie Moore, evangelikaler Berater von US-Präsident Trump.

Ein weiterer, erwünschter Effekt ist die mediale Ablenkung der Weltöffentlichkeit von den Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen Israels unter Beteiligung der GHF in Gaza. Angesichts der Gefahren des Krieges Israels gegen den Iran rückt das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung in den Hintergrund der Presse-Berichterstattung und der internationalen Aufmerksamkeit.

Von der „Westlichen Wertegemeinschaft“, insbesondere in der BRD, wurden die bisherigen militärischen Aggressionen Israels gedeckt mit seinem „Recht auf Selbstverteidigung“. Tatsächlich war die Existenz des

Staates nie ernsthaft gefährdet und heute, angesichts der militärischen Überlegenheit Israels, die den Besitz von Atomwaffen einschließt, erst recht nicht. Die Gründe liegen in der Funktion des Staates Israel im Nahen Osten für die NATO.

Kennzeichnend die Stellungnahme von Bundeskanzler Merz: *„Die Bundesregierung hat ihre Sorge über das weit vorgeschrittene iranische Atomwaffenprogramm seit vielen Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht. [...] Dieses Nuklearprogramm verstößt gegen die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages und ist eine ernsthafte Bedrohung für die gesamte Region, insbesondere für den Staat Israel. Wir bekräftigen, dass Israel das Recht hat, seine Existenz und die Sicherheit seiner Bürger zu verteidigen.“*

Israel soll nun vollenden, was bisher nicht gelungen ist; es soll das letzte Regime in der Region bekämpfen und schwächen, das nicht bereit ist nach der Pfeife der USA und ihrer „Westlichen Wertegemeinschaft“ zu tanzen. Die Fragen in den öffentlichen Medien, ob denn der Angriff Israels zum Sturz der iranischen Regierung führen könne, offenbart die Hoffnungen die mit der israelischen Aggression verbunden sind. Es ist das Interesse an einem „regime change“ im Iran.

**Zu unserer Haltung gegenüber dem Iran siehe auch den Artikel „Veranstaltung mit der Anti-Nato-Aktion aus Athen“.**

## ■ KONTROVERSE IN DER LINKSPARTEI:

# Friedenspolitische Grundsätze oder deutsche Staatsräson

Alle im Bundestag vertretenen Parteien – von der AfD über CDU/CSU bis hin zu SPD und Grünen – sind sich in ihrer Solidarität gegenüber dem Staat Israel einig. Sie haben sich auf eine Antisemitismus-Erklärung verständigt, mit der die Kritik am Staat Israel als „Israel bezogener Antisemitismus“ verboten und verfolgt wird. Alle Institutionen, auch in Forschung und Lehre, sollen der „deutschen Staatsräson“ verpflichtet werden.

Als der Antrag: *„Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen – Jerusalemer Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen!“* auf dem Parteitag der Linken zur Abstimmung stand, rief dies seine innerparteilichen Gegner auf den Plan bzw. ans Rednerpult.

Tatsächlich wurde auf dem Parteitag auch über Antisemitismus diskutiert – insbesondere darüber, wie Antisemitismuskritik durch Politik und Institutionen instrumentalisiert werden, um Menschen mundtot zu machen, die israelische Kriegsverbrechen anprangern. Überraschend verabschiedeten die Delegierten kurz vor dem Ende der Konferenz eine Resolution zum Thema. Die Mehrheit dafür war knapp: 213 Delegierte stimmten dafür, 181 dagegen, 48 enthielten sich. [...] Jan van Aken empfahl eine Ablehnung des Antrags, weil sich der Parteitag im Oktober in Halle ausdrücklich auf keine Antisemitismusdefinition festgelegt habe. *»Ich bin dagegen, dass wir qua Parteitagsbeschluss eine wissenschaftliche*



Foto: Umbruch Bildarchiv/heba

Debatte beenden, das können wir nicht tun«, sagte er. (ND vom 12. Mai 2025.)

„Wie kann man etwas beschließen, was eine Angelegenheit von Wissenschaft und Analyse ist? Wie kann man durch Mehrheit versuchen, etwas zu bestimmen, was Angelegenheit von Haltung ist? Wer Israel auslöschen und Juden vernichten oder vertreiben will, der ist Antisemit!“ (Bodo Ramelow auf Instagram)

Kurz gesagt: Bevor nicht sogenannte Wissenschaftler oder Experten sich auf eine Definition über Antisemitismus geeinigt haben, müssen wir uns aus dem Konflikt zwischen Israel und Palästina heraushalten. Die Empfehlung der beiden zitierten Vorstandsmitglieder, den Antrag abzulehnen, läuft auf eine Unterstützung der staatstragenden Erklärung über Antisemitismus hinaus und trägt die darauf basierenden Repressionsmittel mit. Dahinter steht das Bestreben, sich mit möglichen Koalitionspartnern nicht anzulegen. Die offensichtlichen Menschenrechts- und Kriegsverbrechen müssen zurückstehen, wenn es um das Existenzrecht Israels geht. Das gehört bekanntlich zur deutschen Staatsräson und das Bekenntnis dazu gilt als Voraussetzung für eine mögliche Koalitions- und Regierungsbeteiligung.

### Die Jerusalemer Erklärung: Was ist Antisemitismus und was nicht?

Die "Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus" vom 26. März 2021 wurde von etwa 20 Akademiker:innen erstellt und von rund 359 weiteren unterzeichnet (<https://>

[jerusalemdeclaration.org/](https://jerusalemdeclaration.org/)). Laut Präambel verfolgen sie ein „doppeltes Ziel:

- den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und
- Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren.“

Wir heben hier nur das Wesentlichste heraus:

„Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. ... , dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als ‚Staat im Staat‘ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten verantwortlich sind. ... Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen ... .“

Dazu gehört für sie aber auch, zu erklären, was Antisemitismus nicht ist. Dazu gehören:

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer ... Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind. ...
12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen ... .
13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, ... im Westjordanland und im Gazastreifen ... . Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen.“



Beiträge zur Diskussion:

### Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld

Autonome Nahostgruppe Hamburg  
Gruppe Arbeiterpolitik

Aus dem Inhalt:

Exodus – Einwanderung in die Wagenburg  
Zionismus und Faschismus in Deutschland  
Judenfrage und Judenvernichtung im deutschen Faschismus  
Zur Geschichte der Kollektivschuld-Ideologie  
Palästinensischer Befreiungskampf

Die Originalbroschüre könnt ihr runterladen  
<https://archiv.arbeiterpolitik.de/>

Die digitalisierten fünf Hauptartikel unter:  
<https://arbeiterpolitik.de/2025/07/zionistische-besiedelung-und-vertreibung-in-palaestina-seit-ueber-100-jahren/>

# An den Parteivorstand Die Linke zu seinem Umgang mit der Kollegin Ulrike Eifler

## Mail an den Parteivorstand Die Linke

Der Umgang des Parteivorstandes mit der Kollegin Ulrike Eifler löste bei uns Ablehnung und Empörung aus. Wir erwarten vom Vorstand einer Partei, die nach Aussagen auf dem letztem Parteitag den Kapitalismus abschaffen will, dass er sich selbstverständlich auch gegen Vertreibung, ethnische Säuberung und das Aushungern der Zivilbevölkerung als Kriegswaffe ausspricht. Wir und auch die zahlreichen Unterstützer/innen des Offenen Briefes vermissen eine eindeutige Stellungnahme zum Genozid Israels. Gespannt erwarten wir eine Antwort auf unser Schreiben.

Mit antimilitaristischen Grüßen  
Rolf Becker, Brigitte Domes, Andreas Hesse

## Die Antwort

Inzwischen erhielten wir eine formale, völlig inhaltslose Antwort auf unseren offenen Brief.

Lieber Rolf Becker, Brigitte Domes, Andreas Hesse, der Parteitag hat den folgenden Beschluss zur Redefreiheit im Zusammenhang mit Israel(Kritik) gefasst. [\(es folgt ein Link zum entsprechenden Beschluss\)](#)

Mit solidarischen Grüßen  
Christina Kaindl  
Bereichsleiterin  
Strategie und Grundsatzfragen  
DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Mit keinem Wort wird auf die vorgetragenen Argumente eingegangen. Auch die Tatsache, dass dieser Beschluss nur mit knapper Mehrheit gefasst wurde, wird verschwiegen. Der Widerstand kam vor allem von den Kräften, die in einer Koalitionsregierung eingebunden sind oder darin die einzig mögliche Perspektive sehen, welche die Linkspartei anzustreben habe. Diese „Regierungssozialisten“, die Realos, die nicht über den Tellerand des Parlamentarismus hinausschauen, sehen darin den einzig gangbaren Weg für ihre Partei. Nur die Regierungsverantwortung durch die Beteiligung an Koalitionen biete die Möglichkeit die eigenen Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen. Dafür nehmen sie alle denkbaren Kompromisse in Kauf, die fernab der eigens propagierten Ziele, der einmal gefassten Parteibeschlüs-

se, ihnen die Privilegien von Regierungsämtern versprechen.

Um diesen Zielen näher zu kommen, bleiben, um die Einheit der Partei zu wahren, alle strittigen Fragen ausgeklammert. Sie werden nicht debattiert und geklärt. Der Parteivorstand enthält sich eindeutiger Stellungnahmen, um verdiente Genossen und Genossinnen nicht zu verprellen, wie Bodo Ramelow oder die ehemaligen Linksparteimitglieder im Berliner Senat. Die Partei DIE LINKE beteiligt sich aus diesem Grund nicht geschlossen an den Aktivitäten der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung. Sie bleibt als Gesamtpartei ein Totalausfall. Zum Glück gibt es noch zahlreiche Oppositionelle wie Ulrike Eifler, die sich nicht das Maul verbieten oder ihre Aktivitäten einschränken lassen.

## ■ DIE UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

# An den Vorstand der Partei DIE LINKE

*Mit Befremden und Bestürzung nehmen wir zur Kenntnis, wie führende Mitglieder eurer Partei sich daran beteiligen, die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung zu diffamieren. In Israel zählt sie zu Bürger\*innen zweiter Klasse. In der völkerrechtswidrig besetzten Westbank sind sie den Angriffen zionistischer und faschistischer Siedlerbanden ausgesetzt, die mit Unterstützung der Armee die Vertreibung weiter vorantreiben. Im Gazastreifen brachte der unerbittlich geführte Krieg [von der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ kam nachträglich der Einwand, dass wir den Krieg gegen Gaza als Völkermord bezeichnen sollten] zehntausenden Zivilisten (Frauen und Kindern) den Tod. Seit Wochen wird die Blockade von Hilfsgütern und damit das Aushungern der Zivilbevölkerung als Kriegswaffe eingesetzt. Dies erinnert an eines der schlimmsten Kriegsverbrechen der*

*deutschen Wehrmacht, an die über dreijährige Belagerung und an die Hunger-Blockade Leningrads 1941 bis 1944.*

*Dieser Tage wird der sechzigste Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der BRD begangen. Ganz im Sinne der deutschen Staatsräson sehen die Vertreter der alten als auch der neuen Bundesregierung über die offensichtlichen Verletzungen des Völkerrechts durch Israel hinweg. So ist der Einsatz von Hunger gegenüber der Zivilbevölkerung ein Kriegsverbrechen, ganz gleich, wen Israel militärisch bekämpft oder vorgibt besiegen zu wollen, sei es eine reguläre Armee oder eine als terroristisch eingestufte Organisation wie die Hamas. Für die Befürworter der deutschen Staatsräson (von AfD, CDU/GSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen bis zur FDP) rechtfertigt die Unterstützung der israelischen Kriegsziele*

das Wegschauen bei den Menschenrechts- und Kriegsverbrechen durch dessen Armee.

Zur Zielscheibe einer gesteuerten Hetzkampagne wurde Ulrike Eifler, seit einigen Jahren aktiv in der BAG Betrieb und Gewerkschaft der Partei DIE LINKE. Viele haben sie als engagierte Gewerkschafterin kennengelernt. Sie hatte sich mit dem berechtigten Anliegen der palästinensischen Bevölkerung solidarisiert und sich für ein Ende der israelischen Vertreibungs- und Kriegspolitik eingesetzt. Uns verwundert nicht, dass sie damit den Angriffen, Verdrehungen und Verleumdungen der Gegenseite ausgesetzt ist. Bedenklich ist, dass auch prominente Führungsfiguren der LINKEN sich ähnlich äußern. Von einer Partei, die sich eine Überwindung kapitalistischer Verhältnisse zum Ziel gesetzt hat und an den sozialen Interessen der arbeitenden Menschen anknüpfen will, erwarten wir, dass der Vorstand sich hinter die Kollegin und

Genossin Ulrike Eifler stellt. Arbeitende, Arbeitslose und ihnen Nahestehende brauchen im Kampf für ihre sozialen und gewerkschaftlichen Forderungen eine Partei an ihrer Seite, für die der Kampf gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei nicht dem Konsens mit den Parteien der demokratischen Mitte oder der Koalitionsfähigkeit geopfert wird.

Rolf Becker, Brigitte Domes, Andreas Hesse  
im Namen der Unterzeichner/innen

Das vollständige Anschreiben mit den Namen aller Unterzeichner sowie ein Schreiben griechischer Kolleginnen und Kollegen, die wir auf Solidaritätsbesuchen zusammen mit Ulrike Eifler kennengelernt haben, [stehen hier als pdf zum Download](#).

A.B., 26. Mail 2025 ■

## Gespräch mit Cem Ince, neugewählter Bundestagsabgeordneter für die Linkspartei (vorher beschäftigt im VW-Motorenwerk Salzgitter)



Cem Ince links vorne auf einer Veranstaltung der IGM Salzgitter-Peine

Foto: IGM Salzgitter Peine

Cem Ince links vorne auf einer Veranstaltung der IGM Salzgitter-Peine

**Arpo:** Über Monate lag die Partei DIE LINKE bei den Meinungsumfragen weit unter der 5-Prozent-Hürde und setzte ihre Hoffnung auf die Eroberung von drei Direktmandaten. Kurz vor dem Wahltermin änderte sich die Stimmung, die Zustimmung stieg rasant an. Das hatte meines Erachtens seinen Grund in der gemeinsamen Abstimmung der Union unter Kanzlerkandidat Merz mit der AfD im Bundestag. Die Gefahr einer Entwicklung zu rechtspopulistischen und autoritären Lösungen mobilisierte Wähler:innen auf der linken Seite. Hinzu kamen in Berlin beispielsweise ein Wahlkampf mit zahlreichen Hausbesuchen, in denen die Parteimitgliedschaft die Menschen bei ihren alltäglichen Sorgen, z. B. den sprunghaft gestiegenen Mieten, abholen

wollte. In Berlin wurde die Linkspartei mit 19,9 Prozent überraschend zu stärkster Kraft bei der Bundestagswahl. Ihr Kandidat in Berlin-Neukölln, Ferret Kocak, eroberte das Direktmandat. Wie sah dies in Niedersachsen aus, speziell in Salzgitter?

**Cem:** Wir haben in Salzgitter das Problem, dass wir einen krassen Rechtsruck bei den Arbeiter\*innen haben, die nicht nach links gegangen sind, sondern eher nach rechts. Viele sind unzufrieden mit der aktuellen Politik, was auch verständlich ist, weil die Politik an den Menschen vorbeigeht. Aber die Schlussfolgerung war nur zum kleineren Teil, sozial gerechtere Politik zu wählen. Der größere Teil hat die AfD gewählt, um der etablierten Politik eins auszuweichen.

Trotzdem haben wir in Salzgitter überdurchschnittlich

bei den letzten Wahlen abgeschnitten. Ich habe von Kolleg\*innen viel Unterstützung zugesagt bekommen. Wir haben sehr viele junge Leute in die Partei geholt, die dann auch gleich im Wahlkampf mitgemacht haben. Und ich glaube, das hat auch in Salzgitter nochmal ein anderes Bild ergeben und unsere Wahrnehmung nach außen gestärkt. Die logische Schlussfolgerung für die arbeitende Bevölkerung sollte eigentlich sein, eine Partei zu wählen, die sich für die Interessen der Menschen einsetzt und für die abhängig Beschäftigten da ist. Aber ihre Schlussfolgerung war nicht, sozial gerechte Politik – die LINKE – zu wählen, sondern nur zum geringeren Teil.

**Arpo:** Salzgitter ist bekannt für die starken gewerkschaftlichen Aktivitäten. Warum hat die starke Rolle, vor allem der IG Metall, relativ wenig Einfluss auf das Wahlverhalten der Einwohner\*innen?

**Cem:** In irgendeiner Art und Weise hat die IG Metall schon Einfluss gehabt. Ich weiß nicht, wie schlimm es aussähe, wenn die Gewerkschaft nicht so stark wäre und wir noch weniger Einfluss hätten. Also, es ist schon gut, dass wir eine Gegenmacht haben, eine Gegenposition haben mit der Linken, die auch eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet. Aber die Gewerkschaften haben es auch einfach verschlafen, sich klar für die Beschäftigten zu positionieren und sie vom rechten Rand zu holen.

**Arpo:** Wie sieht es im Betrieb aus mit den rechten Kollegen? Machen die sich da bemerkbar; wie halten die gewerkschaftlichen Funktionäre im Betrieb dagegen?

**Cem:** Es wird immer mehr, aber ich glaube nicht, dass es offen nach außen getragen wird. Viele sind vereinzelt und wählen dann rechte Parteien oder die AfD oder gehen gar nicht zur Wahl, das gibt es ja auch noch. Es wird schon viel darüber geredet, aber in so kleinen Grüppchen. Es ist nicht so, dass das in die Öffentlichkeit getragen wird. Das ist einerseits okay, aber andererseits ist es auch nicht gut, weil es nicht der offene Diskurs ist, der geführt wird. Man versucht irgendwie für sich zu bleiben, hält vielleicht die Klappe im Betrieb, aber wählt dann die AfD, still und heimlich.

**Arpo:** Salzgitter gilt als Hochburg der IG Metall, die zum linken Flügel innerhalb der Gewerkschaft gehört. Wie sieht es eigentlich im Vorstand der IG Metall aus, wie setzt er sich zusammen?

**Cem:** Der IGM-Vorstand generell, also bundesweit, ist nach wie vor sehr sozialdemokratisch geprägt. Die wenigsten Stimmen kommen aus dem linken Lager. Man hat sich viel mehr mit dieser Sozialpartnerschaft, die aber auch nicht mehr so stark ist wie früher, abgefunden und geht bestimmte Konflikte gar nicht mehr richtig ein. Die wenigsten Stimmen sind ein bisschen kritischere Stimmen, konfrontativere Stimmen. In Salzgitter sind die noch nach wie vor ausgeprägter als im Bundesgebiet. Trotzdem unterstützt die Mehrheit die Sozialdemokratie mit. Das bezieht sich ja nicht nur auf Salzgitter, sondern auf die ganze Region, also Niedersachsen, mit dem Industriegebiet Braunschweig, Wolfsburg, Salzgitter.

**Arpo:** Wie sieht es im Vorstand der Verwaltungsstelle Salzgitter aus?

**Cem:** Also nach wie vor sind da Genossen aus der Linkspartei dabei und die sind schon noch mal anders geprägt und anders gepolt als der IGM-Vorstand insgesamt.

**Arpo:** Da fällt mir eine alte Erkenntnis von Gerd Graf ein. Er war über lange Zeit der für VW zuständige Sekretär der IGM Salzgitter und wurde wegen seiner Verdienste in der Belegschaft liebevoll „Opa“ genannt. Anlässlich eines Besuches von griechischen Kolleginnen und Kollegen bemerkte er mir gegenüber: „Also bei uns sind fast alle im Ortsvorstand in der Linkspartei, aber in der Linkspartei gibt es Mitglieder und Genossen und letztere sind in der Minderheit.“

**Cem:** Ja, da hat Gerd Graf recht.

**Arpo:** Wie macht sich das bemerkbar?

**Cem:** Das macht sich insofern bemerkbar, dass die eher ihre Funktion ausüben als jetzt Genossinnen und Genossen zu sein. Also der Fokus liegt auf IGM-Arbeit und irgendwann später in fünfter Reihenfolge oder wann auch immer kommt dann die Linkspartei.

**Arpo:** Also die wirtschaftliche Funktion ist wichtiger als die politische Überzeugung.

**Cem:** Wenn man das so zusammenfassen will, kann man das so sagen, ja.

**Arpo:** Das erinnert mich an die Haltung der Sozialdemokratie zum Ersten Weltkrieg. Der rechte Flügel der Sozialdemokratie kam ja gerade aus den Gewerkschaften. Sie waren der Meinung, sie müssten zuerst alles bewahren, Tarifverträge, Verhandlungserfolge und so weiter. Das politische Ziel sei zweitrangig. Die Verhandlungen mit den Unternehmern seien das Wichtigste und die politischen Ziele, ja gut, die kommen irgendwann in ferner Zukunft.

**Cem:** Ja, das stimmt, aber ich muss schon sagen, dass es in Salzgitter noch mal besser ist als in anderen Geschäftsstellen. Also mit Salzgitter und Braunschweig bin ich schon zufrieden in irgendeiner Art und Weise, wenn ich die mit anderen Geschäftsstellen vergleiche. In anderen Geschäftsstellen wird nur noch Bürokratie betrieben.

**Arpo:** In Salzgitter wurde mit 26,3% die AfD zur stärksten parlamentarischen Kraft vor der SPD und CDU. Die Linkspartei erhielt 8,6%. Dem BSW gelang mit 5,3 % der Sprung über die 5%-Hürde. Macht sich der starke Stimmenanteil der AfD am Arbeitsplatz bemerkbar? Wie gehst du, wie geht ihr damit um? Denn es ist ja bekannt, dass der Anteil von AfD-Wählerinnen unter Gewerkschaftsmitgliedern mindestens genauso hoch ausfällt wie unter der übrigen Wahlbevölkerung.

**Cem:** Das stimmt. Das ist so. Es ist schon ein sehr großer Anteil an AfD-Wählerinnen unter Gewerkschaftsmitgliedern. Sogar prozentual höher als der Durchschnitt der

AfD-Wähler in der Gesamtbevölkerung. Aber ich glaube, das hat viel damit zu tun, dass die Politik die Menschen in Unsicherheit gebracht hat. Arbeitsplatzabbau, Standort-schließungen, Kriege auf der ganzen Welt, Waffenlieferungen überall hin. Die einzige Industrie, die profitiert, ist die Rüstungsindustrie seit nun fünf Jahren. Alle anderen Industrien gehen den Bach runter. Und die Menschen haben Angst. Die haben Befürchtungen, dass sie ihren Arbeitsplatz, ihren gut bezahlten Arbeitsplatz verlieren, wo man bestimmte tarifvertragliche Errungenschaften durchgesetzt hat, an die man sich auch gewöhnt hat. Und diese Menschen, die werden von der AfD aufgefangen. Mit deren Angst wird gespielt. Und die lassen sich natürlich dadurch beeinflussen. Eine Partei wie die AfD kommt und sagt, alles bleibt so, wie es ist. Wir machen Verbrenner weiter, wir machen dies weiter, wir machen das. Nichts verändert sich. Und das ist die einfachste Lösung, die ein Mensch hören will. Und dadurch fängst du auch viele Leute.

Als Linkspartei ist es natürlich noch ein bisschen schwieriger. Du musst richtig tief in die Themen reingehen. Du musst argumentieren. Du musst erzählen, Kollege, wir bauen vielleicht keine Verbrenner mehr hier am Standort. Aber wir haben eine Zukunftsperspektive mit Elektromobilität, mit dies, mit das. Und das den Leuten zu zeigen oder zu beweisen, dass das Zukunftsperspektive hat, ist schwierig. Vor allem ist es schwierig, weil man ja anfangs eigentlich geschafft hat, die Leute mitzunehmen. Man hat es geschafft, sie zu einer Transformation bereitwillig zu bewegen, hat aber dann die politischen Rahmenbedingungen, die Konsequenzen verschlafen.

Also, es wurde beispielsweise die Elektromobilität ausgerufen, aber danach war es das. Es ist nichts weiter passiert. Es ist keine Infrastruktur gebaut worden. Es sind keine Investitionen getätigt worden. Es ist flächendeckend nichts passiert. Ich habe beispielsweise ein Elektroauto, einen kleinen E-Up, auch den hat Volkswagen dann aus der Produktion genommen, weil die Gewinnmargen nicht ausgereicht haben. Die haben dann lieber auf große Fahrzeuge gesetzt. All das hat dazu geführt, dass die Situation in der Industrie immer unsicherer geworden ist. Wenn man nicht die richtigen Rahmenbedingungen schafft, dann ist das ein gefundenes Fressen für die AfD, die es dann einfach hat, die Leute für sich einzufangen.

**Arpo:** Ihr habt uns erzählt, dass ihr den Anwerbeversuch des BSW zurückgewiesen habt. Was waren die Gründe?

**Cem:** Was meinst du mit Anwerbeversuch?

**Arpo:** Dein Kollege und Genosse Christoph hat mir erzählt, dass man ihn für einen Übertritt zum BSW gewinnen wollte. Ich will einfach die Gründe wissen, warum das für euch keine Perspektive war.

**Cem:** Also, wie gesagt, die AfD hatte es einfach mit ihren populistischen Argumenten und versuchte, Stimmen zu fangen, und das BSW dachte, dieses Spiel machen wir mal mit, und hat dann auch angefangen mit, wir bleiben beim Verbrenner, wir möchten keine Migration und dies und das. Das waren sehr, also einmal menschenverachtende Positionen, weil man dann auch quasi Schutzsuchenden

oder Menschen, die in Deutschland einfach sich in der Gesellschaft einfügen wollten, auch arbeiten wollten und so weiter, dass man diese Menschen alle über einen Kamm geschert hat, und das hat man dem BSW nicht abgekauft, weil es gab schon das Original, die AfD. Und wenn ich diese Position vertrete, dann wähle ich die AfD und nicht das BSW, die diese Masche versucht, nachzumachen. Und wegen dieser menschenverachtenden Positionen kam für mich nie infrage, irgendwie beim BSW mitzuspielen. Vor allem hat man ja versucht, irgendwie ein bisschen Sozialpolitik zu machen, Friedenspolitik, war dann aber gegen Migration, hat auch menschenverachtende Positionen gehabt und hat versucht so einen Mix an den ganzen Themen, um viele Leute abzuholen, aber dadurch ist halt genau das Gegenteil passiert. Die Leute sind dann irgendwann abgesprungen. Die sind dann entweder, weil sie gegen Migration waren, zur AfD gegangen oder, weil sie für Sozialpolitik waren, zur Linken gegangen oder, weil sie sehr konservativ waren, zurück zur CDU gegangen. Also da hat man sich aus dem BSW-Lager verkalkuliert. Für mich selber kam es nie infrage, rüber zu gehen, weil ich auch glaube, dass meine Positionen in der Linkspartei Platz haben. Ich bin friedenspolitisch, ich bin sozialpolitisch, ich vertrete die Beschäftigten. Ich möchte, dass es sichere Arbeitsplätze gibt, ich möchte, dass die Industrie erhalten bleibt, dass es nicht wieder zu dieser umgekehrten Konversion kommt, dass Industrie in die Rüstungsindustrie überführt wird.

Früher haben wir über Konversion geredet und meinten eigentlich, Rüstungsindustrie in gesellschaftliche Industrie umzuwandeln und Produkte herzustellen, die den Menschen was nutzen. Aktuell erleben wir das Gegenteil.

**Arpo:** Die Partei Die Linke in Berlin beteiligt sich seit Jahrzehnten an der Senatsbildung. In ihrer Funktion als kleiner Koalitionspartner der SPD ordnet sie sich vielen neoliberalen Beschlüssen und Maßnahmen unter. So der Privatisierung städtischen Wohneigentums zu Beginn der 2000er Jahre.

**Cem:** Stimmt, danach hat man an Glaubwürdigkeit verloren.

**Arpo:** Damit begann ihre immer stärkere Annäherung an die Politik der Sozialdemokratie und der Grünen und ihr Abstieg in der Gunst der Wählerinnen. Welche Möglichkeiten siehst du, um dies zu verhindern, dass sich eine solche Entwicklung wiederholt, dass immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden?

**Cem:** Das ist eine sehr gute Frage. Also erst mal muss die Linke ihr Profil schärfen. Sie muss klar sein in ihren Inhalten und sie darf auch nicht ihre Inhalte über Bord werfen nur für Regierungsverantwortung. Entweder behält man die Inhalte bei und geht in Regierungsverantwortung und sagt: Aber das sind unsere Voraussetzungen. Wir wollen einen Mietendeckel, wir wollen bezahlbares Wohnen, wir wollen sichere Arbeitsplätze, wir wollen gutes Leben für viele Menschen ermöglichen. Wenn ihr, SPD und Grüne mitgeht, dann kann man über ein paar Sachen reden, aber wir werfen nicht unsere Überzeugungen von Bord. Ich kann verstehen, dass es ein paar Leute gibt, die unbedingt regieren wollen, weil sie der Meinung sind, dass man nur

dann Verbesserungen erzielen kann, was ich nicht glaube. Ich glaube, auch gute Oppositionsarbeit ist wichtig. Ich bin gerade in der Opposition, ich finde das gut. Ich kann bestimmte Themen immer wieder auf den Tisch bringen, aber man darf nicht seine Überzeugungen über Bord werfen, nur um sich der SPD oder den Grünen anzunähern. Vielmehr müssen die ihre Position überdenken.

**Arpo:** Das erinnert mich an ein Beispiel, als die PDS zur Linkspartei wurde und sich umbenannt hat, da gab es noch den Slogan, Veränderung fängt mit Opposition an. Die Erfahrung von Berlin war und endet mit der Regierungsbeteiligung. Nicht die Linkspartei hat die Verhältnisse verändert, sondern die Verhältnisse haben sie verändert. Und diese Gefahr besteht ja immer noch.

**Cem:** Man muss sich im Klaren sein, dass das, was wir wollen, nicht allein im Parlamentarismus funktioniert. Man kann den Mindestlohn erhöhen, man kann sichere Arbeitsplätze schaffen, indem man die Rahmenbedingungen dafür setzt, indem man investiert, indem man Zukunftstechnologien wie in Salzgitter, z. B. grünen Stahl, ermöglicht oder Elektromobilität oder Ausbau des ÖPNV, wodurch auch wieder viele Unternehmen profitieren würden. Man hätte z. B. auch eine Bildungsoffensive oder eine Mobilitätsoffensive starten können. Sondervermögen hier und Sondervermögen da. Hat man nicht gemacht. Man hat Sondervermögen für Rüstung durchgesetzt. Und das sind Dinge, die zwar im Parlament entschieden werden, aber normalerweise muss der Druck von der Straße kommen. Und auch meine Partei braucht den Druck von der Straße. Wenn dieser Druck auf der Straße nicht kommt, wie das jetzt z. B. in der Kriegs- und Friedensfrage der Fall ist, dann verliert auch die Linke ihre Position oder die Gewerkschaften. Und ich sehe diesen Druck in vielen Fragen aktuell nicht.

**Arpo:** Die Frage stellt sich, was können die Gewerkschaften tun, um der Rechtsentwicklung und Kriegsgefahr vor-

zubeugen? Ich kenne die Gewerkschaften nur als Tarifpartner und als Sozialpartner. Aber ihre politischen Aufgaben nehmen sie eigentlich kaum wahr. Siehst du da eine Möglichkeit, dass die Gewerkschaften stärker politisch auftreten?

**Cem:** Ja, ich glaube schon. Weil die Gewerkschaften organisieren viele Menschen. Beispielsweise ist die IG Metall die größte Organisation, wo die meisten migrantischen Menschen in Deutschland organisiert sind. Über eine halbe Million migrantische Mitglieder in der IG Metall. Keine andere Organisation hat so viel Migration. Und wenn die IG Metall oder andere Gewerkschaften sich dessen bewusst sind, was sie für eine Stärke haben, und auch quasi branchenübergreifend anfangen zu arbeiten. Also nicht IG Metall macht einen Tarifabschluss in NRW und dann guckt mal Niedersachsen, dass sie das auch hinkriegen. Sondern man muss versuchen, klassenbewusst zu arbeiten. Also die Kämpfe, die ver.di oder generell im öffentlichen Dienst, die da geführt werden, sind auch die Kämpfe der Beschäftigten in der Industrie oder bei der Charité. Das sind alles Kämpfe der arbeitenden Klasse. Und diese Kämpfe gilt es zusammenzuführen. Und wenn man es schafft, die Beschäftigten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und zu sagen, Leute, nicht der neben dir in der Klasse ist schuld, dass es dir so scheiße geht. Sondern die, die sich die Taschen voll machen, die oben, die von deiner Arbeit profitieren und wenn es mal nicht läuft, dann auch wieder deine Arbeitskraft runterschrauben, um ihren Profit zu erhalten. Wenn man dieses Bewusstsein schafft, dann kann man als Gewerkschaft auch gegen diesen ganzen Rechtsruck angehen. Es ist aber nicht einfach. Es ist viel Organisation, mühselige Arbeit und enorme Bildungsarbeit, die notwendig ist, in klein, klein, um so ein Klassenbewusstsein zu schaffen.

**Arpo:** Die Gewerkschaften, wenn sie dann politisch auftreten und die Kämpfe bündeln wollen, verstoßen gegen geltendes Recht. Denn in Deutschland sind ja politische



**Faschismus in Deutschland I**  
Analysen und Berichte der KPD-O  
von 1928 – 1933,  
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973  
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer  
**Die Potsdamer Beschlüsse**  
Eine marxistische Untersuchung  
der Deutschlandpolitik  
der Großmächte  
nach dem zweiten Weltkrieg  
1945  
Herausgegeben und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik  
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint  
**Zeitschrift Arbeiterpolitik**  
November 1948 bis Juli 1950, einschl.  
»Offene Worte an Kommunisten«  
Gruppe Arbeiterpolitik 1975  
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR

Streiks verboten. Es darf nur für Tarifforderungen gestreikt werden und nur im Tarifbezirk und so weiter und so fort. Man hat den Eindruck, die Gewerkschaften sind relativ zufrieden mit dieser Situation, weil sie nicht gezwungen sind, zu spontanen oder zu politischen Arbeitsniederlegungen aufzurufen oder die zu fördern.

**Cem:** Ja, also einmal hast du Recht. Es wäre natürlich besser, wenn ein Generalstreik auch möglich wäre. Aber ich glaube nicht, dass alles damit steht und fällt. Man kann auch so organisieren. Man kann auch anderweitig die Arbeit niederlegen. Man kann auch Tarifrunden maximal dafür nutzen, um Betriebe zu bestreiken. Man muss nicht unbedingt Generalstreiks ausrufen. Natürlich wäre es gut, wenn wir das eines Tages gesetzlich ermöglichen. Und dafür sollten wir als Linke auch kämpfen. Aber ich glaube nicht, dass alles damit steht und fällt. Dann würde es auch nicht so sein, dass jede Woche irgendwo ein Generalstreik ausgerufen wird, nur weil die Möglichkeit besteht. Aber um die Arbeit in der Klasse zu organisieren, muss man nicht erst eine Gesetzesveränderung abwarten. Das kann man jetzt schon machen. Das ist ja die Frage des Bewusstseins der Kollegen.

**Arpo:** Und wenn das Streikrecht früher erkämpft wurde, wo es noch keins gab, dann muss das politische Streikrecht natürlich auch von uns erkämpft werden. Und nicht durch einen Parlamentsbeschluss den Kollegen erlaubt werden.

**Cem:** Du hast mir vorhin erzählt, dass du beim Tagesspiegel (in der Mercator-Druckerei, wo der TS gedruckt wurde) auch einen wilden Streik mitgemacht hast. Da habt ihr auch nicht im Parlament angerufen und gefragt, ob ihr das machen dürft. Ja, und dieses Bewusstsein gilt es wieder zu schaffen bei den Leuten, dass sie Macht haben. Wir waren bei der Streikkonferenz. Da waren 3.000 KollegInnen. Wenn diese 3.000 KollegInnen auf die Straße gehen, dann haben sie geballte Power. Die brauchen nicht abzuwarten, dass irgendwer irgendwann mal was entscheidet. Es muss natürlich jemand sie organisieren. Die Rosa Luxemburg hat es geschafft, die alle zusammenzubringen. Diese Aufgabe haben auch Gewerkschaften, Räume zu schaffen, dass diese Kolleginnen sich austauschen. Und wenn Kolleginnen genug Raum haben und genug Bildungsarbeit genießen, dann entsteht wahrscheinlich ein Widerstand von selbst.

**Arpo:** Ihr habt mit die besten Voraussetzungen in Salzgitter.

**Cem:** Ja, das stimmt. In Salzgitter ist es nämlich üblich, dass alle Betriebe gleichzeitig kämpfen. Wenn bei VW Tarifrunde ist, dann stehen auch die Kolleginnen der Salzgitter AG, der Kolleginnen der Metall- und Elektroindustrie vor der Tür und sagen, unsere Solidarität gilt den Beschäftigten. Und genau so ist es andersrum. Wenn die Hütte Stahl streikt, dann gehen wir von Volkswagen dahin und unterstützen. Weil wir wissen, das sind unsere Kolleginnen. Und wir sind die arbeitende Klasse. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen. Und das wird in Salzgitter gelebt. Und ich hoffe, dass wir das noch lange erhalten können.

**Arpo:** Wäre es nicht sinnvoll, dass die Linkspartei sich als Partei der arbeitenden Menschen definiert? Nicht irgendwie als linke Partei oder sonst was, sondern in Bezug zur Klasse oder zu den Beschäftigten?

**Cem:** Das ist das Entscheidende. Natürlich müssen wir auch für die Arbeitslosen und Menschen da sein, die keine Lobby haben.

**Arpo:** Ich meine nicht nur Leute, die einen Arbeitsplatz haben, sondern auch die Arbeitslosen, die in Ausbildung sind oder Rente beziehen.

**Cem:** Das sind unsere Leute, die Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung. Leute, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um über die Runden zu kommen. Und das sind die Leute, die wir organisieren müssen. Und das sind unsere Wählerinnen, unsere Klientel. Nenn es, wie du willst. Aber das sind die Leute, die wir brauchen und die wir vertreten müssen.

**Arpo:** Gibt es übrigens in Salzgitter noch die Gewerkschaftsschulung in die Richtung? Die Schulungsarbeit der Gewerkschaften hat sich ja ziemlich spezialisiert auf die Rechtsberatung und Unterstützung der Betriebsräte. Die Klassenfrage scheint in den Hintergrund getreten zu sein.

**Cem:** Ich bin mit der IG Metall-Bildungsarbeit sehr zufrieden. Kann daran liegen, dass ich eine gute Bildungsarbeit genossen habe, beispielsweise den sechswöchigen „Akademiekurs“ als bundesweites Seminar in Hustedt (Bildungsstätte der IGM Niedersachsen), an dem ich vor einem Jahr teilnehmen durfte. Mein politisches Verständnis gründet sich schon auf dieser Bildungsarbeit. Das muss ich schon zugeben. Ich glaube auch, dass diese Bildungsarbeit nach wie vor besteht. Corona hat natürlich so einen kleinen Dämpfer hingelegt, hat auch viel kaputt gemacht. Ich habe auch Jugendbildungsarbeit genossen. Da ist es wahrscheinlich noch mal ein bisschen radikaler und eindeutiger, als wenn du mit erwachsenem Alter anfängst mit der Bildungsarbeit. Dann wird wahrscheinlich viel mehr auf Sozialpartnerschaft der Fokus gelegt. Aber die Jugendbildungsarbeit der IG Metall war immer Klasse. Ich finde, dass das auch ein Vorbild für die Bildungsarbeit der Linken sein muss oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Arpo:** Wenn ich nach Salzgitter kam, war für mich immer auffällig, wie stark die antifaschistische Bildungsarbeit sichtbar war. Es gibt das Beispiel der Gedenkstätte „Drütte“ im Stahlwerk. Auf dem Gelände des Arbeitslagers haben die Auszubildenden viel zur inhaltlichen und optischen Gestaltung beigetragen. Wird das fortgesetzt?

**Cem:** Ich finde die Bildungsarbeit der IG Metall nach wie vor gut. Ich würde mir wünschen, dass die anderen DGB-Gewerkschaften sich auch mal irgendwann in diese Richtung entwickeln.

**Arpo:** Aber ist es mit der gesamten IG Metall so?

**Cem:** Ja, in Niedersachsen ist es so. Also, die Jugendbildungsarbeit der IG Metall ist, glaube ich, bundesweit sehr

stabil. Aber da musst du auch als Jugendlicher auf die Idee kommen, dich in diese Richtung fortzubilden. Das hat nicht jeder, diese Ideen.

**Arpo:** Habt ihr eigentlich einen Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder zu verzeichnen, oder ist das so relativ stabil in den Betrieben?

**Cem:** Ja, doch. Ich glaube, diesen Rückgang gibt es überall. Er hat aber auch viel mit dem demografischen Wandel zu tun. Und dass viele Leute, die jetzt in diesen Baby-Boomer-Jahren sind, dass die in Rente gehen. Und dass mittlerweile sehr wenig Ausbildungsplätze noch erhalten geblieben sind. Das hat schon viel damit zu tun, dass der Rückgang an Mitgliedern überall schon stark ist. Die meisten Leute, die in der Gewerkschaft organisiert sind, sind 50 plus. Und das ist halt ein Problem. Für mich nicht. Aber für die Gewerkschaften ist das ein Problem. Die messen ihre Stärke nur an den Mitgliederzahlen und orientieren sich daran. Wobei man diese Stärke bisher nicht ausgenutzt hat.

**Arpo:** Auf der Ehrung von Rolf Becker mit dem Rosa-Luxemburg-Preis fand Ulrike Eifler recht eindeutige Worte gegen die Beteiligung der BRD am Krieg gegen Russland und die Unterstützung des Genozids durch das Apartheidregime in Israel. In Berlin ist die Landesorganisation gespalten. Die Mitglieder des früheren Senats, wie Klaus Lederer, unterstützen im Wesentlichen die Haltung der Bundesregierung. Andere aus der Führung der Bundespartei enthalten sich einer eindeutigen Stellungnahme aus Furcht innerparteiliche Kontroversen zu entfachen. Wie verlaufen an diesen Fragen die Kontroversen in Niedersachsen und Salzgitter?

**Cem:** Ich würde das gar nicht so speziell auf Salzgitter und Niedersachsen lenken. Ich glaube, wir haben bundesweit ein Problem, die Tatsachen beim Namen zu nennen. Kriegsverbrechen, die von Israel verübt werden, müssen auf das Schärfste verurteilt werden. Und ich verstehe diese Diskussion in Deutschland nicht. Wieso? Und macht man da einen Unterschied? Wieso sind die Kriegsverbrechen von anderen Ländern schlimmer, als wenn sie von Israel begangen werden? Wenn wir über Israel sprechen, dann meinen wir nicht die Menschen, die da leben. Dann meinen wir nicht die arbeitende Bevölkerung, die auf der Straße ist und gegen die Regierung protestiert. Wenn wir über die faschistische Regierung in Israel sprechen, dann meinen wir die Leute um Netanjahu, wo zwei Minister erwiesenermaßen Faschisten sind und von einer Säuberung des Gazastreifens träumen und es auch mittlerweile durchsetzen. Und diese Kriegsverbrechen klar beim Namen zu nennen, ist unsere Pflicht. Und das sind wir auch den Menschen schuldig, die in Israel leben. Und nur so können wir die Menschen dort schützen. Und nur so können wir auch Jüdinnen und Juden in Deutschland schützen. Und nur so können wir es auch irgendwann schaffen, dass es einen Frieden zwischen israelischen Menschen, zwischen palästinensischen Menschen und zwischen allen Menschen gibt, die diesen Menschen nahestehen. Wenn wir nicht klar differenzieren zwischen faschistischen Regierungen und Menschen, die in einem Land le-

ben, dann brauchen wir über alles andere gar nicht reden. Das ist ein meilenweiter Unterschied.

**Arpo:** Das spricht mir aus dem Herzen, beziehungsweise aus der Erfahrung, die ich in Griechenland gemacht habe. Weil dort diese Solidarität mit Palästina in den Gewerkschaften, in den Betrieben eigentlich selbstverständlich ist. Und dass er in einer linken Partei hier umstritten ist, ist schon ziemlich krass.

**Cem:** Es ist einfach, es beim Namen zu nennen. Linke Kräfte müssen immer an der Seite der unterdrückten Menschen stehen. Ob das die Kurden sind, ob das palästinensische Menschen sind, ob das andere unterdrückte Völker des globalen Südens sind. Wenn die linken Kräfte nicht auf deren Seite stehen, dann steht keiner auf deren Seite.

**Arpo:** Zum Schluss noch ein Hinweis auf die Aktivitäten der IG Metall in Salzgitter. Sie richtet die dritte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden in ihrem Gewerkschaftshaus aus. Es ist eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in Kooperation mit der IG Metall Salzgitter-Peine und als Medienpartner die „Junge Welt“. Es dürfte nicht viele IG Metall Geschäftsstellen geben, die dazu bereit sind, Veranstaltungen in diesem Rahmen zu organisieren.  
**Cem, vielen Dank für das interessante Gespräch.**



# Tarifpolitik von ver.di findet immer weniger Rückhalt bei den Beschäftigten der Post

In der letzten Ausgabe der Arpo haben wir berichtet, dass die Konzerntarifkommission (KTK) des Fachbereichs E von ver.di es abgelehnt hatte, dass von der gewerkschaftlichen Verhandlungsgruppe erzielte Ergebnis der diesjährigen Tarifverhandlungen bei der Post sofort zu akzeptieren. Nach intensiven Diskussionen im Gremium verständigte sie sich darauf, einen Beschluss erst nach einer Mitgliederbefragung fassen zu wollen. Ende März stand das Ergebnis der Befragung fest. 54 % der organisierten Kolleg:innen sprachen sich für die Ablehnung des Angebotes der Post aus, 46 % für die Annahme.

Auch wenn die Mitgliederbefragung keinen repräsentativen Charakter besitzt und ihre Durchführung äußerst problematisch war<sup>1</sup>, so signalisiert das Votum doch die Stimmungslage unter den Beschäftigten. Mehrheitlich sehen sie die vereinbarten Entgelterhöhungen für die Jahre 2025 (ab April 2,0 %) und 2026 (ab April 3,0 %) als zu niedrig an<sup>2</sup>. Sie liegen weit ab von den Forderungen, mit denen die Gewerkschaft in die Auseinandersetzung gegangen war<sup>3</sup>. Sie gleichen weder die Preissteigerungen des aktuellen Jahres aus, noch kompensieren sie die in den letzten Jahren erlittenen Reallohnverluste. Großen Unmut erregte auch die Vereinbarung, dass den zweiten Urlaubstag nur die bekommen werden, die seit mindestens sechzehn Jahren im Unternehmen beschäftigt sind.

Die Mitglieder der KTK hatten gehaut, dass das Verhandlungsergebnis nicht auf einhellige Zustimmung stoßen werde. Aber nur die wenigsten hatten eine so krasse Ablehnung erwartet. Sie sprachen sich dennoch für dessen Annahme aus. Nach ihrer Auffassung sei die Ablehnung nicht hoch genug gewesen, um einen Erzwingungsstreik einleiten zu können. Doch die Kolleg:innen in einer Urabstimmung zu fragen, ob sie zu einem unbefristeten Streik bereit seien, lehnten sie nicht zuletzt auf Druck der Fachbereichsleitung ab.

Der Vorstand des Fachbereiches, die regionalen wie betrieblichen Funktionäre beeilten sich, die Entscheidung der KTK zu rechtfertigen. Auf Bezirksebene angesetzte Videokonferenzen für die ehrenamtlichen Funktionäre mit dem Fachbereichsvorstand sollten die Gemüter beruhigen. Die meisten der Beteiligten unterstützten die Position des Vorstands wenn auch mit Bauschmerzen.

## Wachsende Unzufriedenheit

Betrachtet man die Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre bei der Post, so kann man über das Ergebnis der Befragung nicht überrascht sein. Seit dem großen Streik 2015 um die Ausgliederung der Delivery wächst unter den Mitgliedern des Fachbereichs die Unzufriedenheit. Damals entzündete sie sich daran, dass der Fachbereich weder zu Beginn noch am Ende des Streiks eine Urabstimmung eingeleitet hatte.

1 Vgl. Arpo 2'25. In einigen Niederlassungen stimmten wenige Hundert Mitglieder ab, in anderen weit über tausend bei etwa gleicher Beschäftigungszahl.

2 Vgl. Arpo 2'25

3 7 % für 2025 lautete die Forderung der Gewerkschaft (Laufzeit 1 Jahr)

Die Gewerkschaft zog daraus die Schlussfolgerung, die Mitglieder zukünftig stärker an der Tarifpolitik zu beteiligen. Bei der Forderungsaufstellung sollten sie befragt werden und nach der Erzielung eines Verhandlungsergebnisses immer dann, wenn der Abschluss nicht durch eine Urabstimmung bestätigt werden musste. So geschah es erstmals in der Tarifrunde 2018. Es gelang damals zwar die Delivery wieder in den Konzern zurückzuholen, doch die bescheidenen Lohnerhöhungen<sup>4</sup> führten dazu, dass von den etwa 50.000 Mitgliedern, die sich an der Befragung nach Ende des Konflikts beteiligten, nur zweidrittel dem Verhandlungsergebnis zustimmten.

Der Tarifabschluss 2021 ging dagegen geräuschlos über die Bühne. Ver.di hatte die Tarifverträge wegen Corona nicht zum erstmals möglichen Zeitpunkt Ende Mai 2020 gekündigt, sondern erst zum 31. August als sie wieder streikfähig war. Auch diesmal wurden die Mitglieder in die Forderungsfindung einbezogen, die Zustimmung allerdings nur durch eine Abfrage unter den Vertrauensleuten ermittelt. Nur etwa 12 % empfanden das Ergebnis (3 % ab 1.1.21 und weitere 2 % ab 1.1.22) als zu niedrig. Da zu diesem Zeitpunkt die Inflation nahe Null lag und es zum zweiten Mal eine Corona-Sonderzahlung gab, fanden die meisten Gewerkschafter das Ergebnis akzeptabel.

Doch 2022 explodierte die Inflation. Die Einkommensverluste wurden in der Tarifrunde 2023 nicht ausgeglichen, sondern im Gegenteil, durch eine Null-Runde noch getoppt. Lediglich eine Inflationsausgleichsprämie, die nicht in die Tabellenlöhne eingearbeitet wurde, kam zur Auszahlung. Erst 2024 gab es wieder eine Anhebung der Tarifröhne. Da aber alle Beschäftigten den gleichen Betrag bekamen, fiel die prozentuale Erhöhung abhängig von der jeweiligen Lohngruppe, der Wochenarbeitszeit und Gruppenstufe unterschiedlich aus. Entsprechend unzufrieden waren viele Kolleg:innen. Nur 61,70 % zeigten sich mit dem Ergebnis bei der zweiten Urabstimmung zufrieden, knapp 40 % lehnten es ab.

Und nun 2025 stimmte zum ersten Mal seit 1949 die Mehrheit der befragten Gewerkschaftsmitglieder dem Verhandlungsergebnis ihrer Führung nicht zu.

## Fachbereichsvorstand lehnt Aufarbeitung der Niederlagen ab

Die wesentlichen Gründe für das Misstrauensvotum sind in der Niederlage 2015 zu suchen. Damals lehnte es die Spitze der Gewerkschaft ab, das Scheitern des über vierwöchigen Streiks sorgfältig zu analysieren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Einige Betriebsratsvorsitzende hatten nach unserer Kenntnis während des Konflikts hinter dem Rücken der Gewerkschaft Deals mit „ihren“ Niederlassungsleitungen abgeschlossen und so die Wirkung des Streiks verpuffen lassen. Eine Reihe von Gewerkschaftsgruppen weigerte sich mit zunehmender

4 Ab Oktober 2018 gab es 3,0 %, ab Oktober 2019 weitere 2,1 %

Dauer der Auseinandersetzung, Arbeitsniederlegungen vorzubereiten.

In den Zentren des Streiks wie etwa in Berlin mussten die Kolleg:innen mit ansehen, wie am Streiktor ständig befristete Kräfte und Abrufkräfte vorbeizogen, die die Post ohne Mitbestimmungsregelung einsetzte. Dies blieb ebenso ohne Konsequenzen wie der massive Einsatz von beamteten Kolleg:innen auf bestreikten Arbeitsplätzen. Die Gewerkschaft forderte nicht einmal die eigenen Mitglieder auf, einen solchen Einsatz zu verweigern. Tarifgebundene Gewerkschaftsmitglieder, die sich weigerten, dem Streikaufruf Folge zu leisten, hatten keine Nachteile zu befürchten. Die Passivität in all diesen Fragen wurde mit dem Argument begründet, dass ein strikteres Vorgehen zu einem Mitgliederverlust führen werde und so die Finanzkraft der Gewerkschaft schwäche.

Diese Haltung änderte sich in den folgenden Jahren nicht. Schritte, um die Gewerkschaft wieder kampffähig und durchsetzungsstark zu machen, wurden nicht eingeleitet. Im Gegenteil. Von Jahr zu Jahr wurde die Aktionskraft des Fachbereichs schwächer.

Die Zahl der Austritte häuft sich seit 2015 und die Bereitschaft jüngerer Kolleg:innen, in ver.di einzutreten, schwächt sich ab. Der Organisationsgrad dürfte mittlerweile bei etwa 50 % liegen. Vor 20 Jahren waren es noch über 70 %.

## Zersplitterung der Belegschaft

Neben den Beamten und den Tarifkräften mit sog. Besitztand<sup>5</sup> gibt es unter den Postbeschäftigten die große Gruppe derjenigen, die nach 2003 eingestellt wurden. Ihre Löhne sind im Rahmen einer großen Reform der Tarifverträge um etwa 30 % abgesenkt worden. Im Jahre 2009 mit Wirkung ab 2011 gab es für neu eingestellte Kolleg:innen eine weitere Lohnabsenkung. Mit der Einführung der Gruppenstufe O wurden ihre Eingangsgelälter für die ersten beiden Beschäftigungsjahre um knapp 5 % verringert. Die Regelung galt zunächst befristet, wurde aber 2018 dauerhaft in die Lohn Tabellen eingearbeitet. Zusätzlich verlängerten sich mit Zustimmung der Gewerkschaft 2018 noch die Gruppenstufen von zwei auf vier Jahre für alle neu eingestellte Postler.

Die unbefristeten Beschäftigten stellen zwar immer noch die Mehrheit der Belegschaft bei der Post. Neben ihnen gibt es eine Vielzahl von Beschäftigtengruppen mit einem besonderen Status: Sachbegründete wie sachgrundlos Befristete<sup>6</sup>, Abrufkräfte, Leiharbeiter und vereinzelt auch Minijobs. Auch bei den vertraglichen Arbeitszeiten ist eine wachsende Differenzierung zu erkennen: Neben Vollzeitkräften gibt es die immer größer werdende Gruppe der Teilzeitbeschäftigten mit nahezu allen denkbaren Wochenarbeitszeiten. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwieriger, eine gemeinsame Interessenpolitik zu formulieren.

Zur Spaltung der Belegschaft hat auch geführt, dass die Kolleg:innen seit 2018 auf Lohnerhöhungen verzichten und stattdessen freie Tage nehmen können. Viele Beschäftigte machen davon Gebrauch<sup>7</sup>, weil sie sich dem

alltäglichen Druck am Arbeitsplatz nicht mehr gewachsen fühlen. Die eigene Gestaltung der Arbeitszeit erschwert, dass kollektive Regelungen zur Arbeitszeitverkürzung, wie etwa die Verlängerung der bezahlten Pausen, die Verringerung der Wochenarbeitszeit oder die Erhöhung der Freischichten für Nachtarbeiter:innen, zu erkämpfen.

## Beschäftigte suchen Ausweg

Da die Gewerkschaft der Individualisierung der Arbeitsverhältnisse nichts entgegengesetzt und sie z. T. noch befördert, wirkt sie zunehmend gegenüber dem Arbeitgeber Post als durchsetzungsschwach. Immer mehr Beschäftigte suchen einen Ausweg in der Wahl der AfD. Bereits bei der letzten Bundestagswahl stimmten 38 % der Arbeiter und etwa 20 % der Angestellten für diese Partei. Dieser Trend wird sich verstärken, wenn es für die Beschäftigten keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gibt. Der Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung lässt dies nicht erwarten. Noch bevor der Bundeskanzler gewählt, die Minister ernannt und ein einziges Gesetz verabschiedet wurde, ist das Vertrauen in die kommende Regierung bereits stark gesunken. Die AfD ist binnen zweier Monate in der Wählergunst um etwa 4%-Punkte gestiegen. Was eine Regierungsbeileiligung der AfD für die Postler bedeuten könnte, lässt sich derzeit in den USA beobachten. Donald Trump, das große Vorbild der Partei, versucht, die amerikanische Post zu zerschlagen und die Gewerkschaftsrechte drastisch einzuschränken. Er schreckt weder vor der Privatisierung von Postdienstleistungen noch vor der Missachtung von Tarifverträgen und Massenentlassungen zurück. Sein Ziel ist die kompromisslose Durchsetzung eines von der Bank Wells Fargo entwickelten Investorenplans, der Kapitalanlegern enorme Profite verspricht.

Die amerikanischen Gewerkschaften der Postarbeiter kämpfen derzeit um ihr Überleben. Besonders die APWU (American Postal Workers Union) ist mit einem Organisationsgrad von 99 % recht kampfstark.

Die gewerkschaftsfeindliche AfD fordert noch unerbittlicher wie die bürgerlichen Parteien CDU und FDP eine drastische Einschränkung des Streikrechts. Sie will tarifungebundene Unternehmen stärken, in denen die Vorstände allein die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen bestimmen. Tarifgebundene Firmen sollen unterstützt werden, um Tarifverträge loszuwerden oder zu missachten. Welche Folgen dies für die Belegschaften hat, lässt sich aktuell bei den Deutschland-Niederlassungen von Tesla und Amazon beobachten.

Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaft in den kommenden Jahren stehen wird, kann sie erst wieder an Stärke gewinnen, wenn sich aus dem Kreis der Kolleg:innen aktive Kräfte herauskristallisieren und sich vernetzen. Einzelne Vertrauensleute haben sich bereits zusammengefunden und in einer gemeinsamen Stellungnahme die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses bei der Post gefordert<sup>8</sup>. Dies lässt hoffen, auch wenn es erst ein Anfang ist.

H.B., 10.05.2025 ■

<sup>5</sup> Ab Oktober 2018 gab es 3,0 %, ab Oktober 2019 weitere 2,1 %

<sup>6</sup> Etwa 15% der Belegschaft haben derzeit einen befristeten Arbeitsvertrag.

<sup>7</sup> Zurzeit sind das etwa 20% der Beschäftigten, vor allem Zusteller.

<sup>8</sup> Vgl. Petition · Nein zum Angebot

# Der Einstieg in die 42-Stunden-Woche – Der Reallohnverlust wurde nicht gestoppt!

Die Tarifrunde betrifft gut 2,7 Millionen Lohnempfänger bei Bund und Kommunen. Beim Bund sind 154.000 und bei den Kommunen 2,535 Mill. Lohnempfänger beschäftigt.

Ver.di verhandelt zugleich für die GEW, die GDP und die IG BAU. Geführt werden die Verhandlungen von Frank Werneke, dem ver.di-Vorsitzenden, und Christine Behle, der stellvertretenden Vorsitzenden. Der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) ist mit seinem Verhandlungsführer Volker Geyer auf der Gewerkschaftsseite vertreten.

Auf Arbeitgeberseite werden die Verhandlungen von Karin Welge (SPD), der Präsidentin der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber (VKA), und von Nancy Faeser (SPD), der noch amtierenden Bundesinnenministerin, geführt.

Es handelte sich um eine für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften schwierige Tarifrunde. Es war wohl die erste Tarifrunde im öffentlichen Dienst, die unmittelbar nach dem von einem der Koalitionspartner erzwungenen Scheitern der Bundesregierung geführt wurde. Die FDP hatte sich mit ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen abgeseilt. Diese stimmten mit denen der in der Opposition befindlichen CDU/CSU im Wesentlichen überein. Wahlkampf und Neuwahlen fanden während der laufenden Tarifrunde statt. Bei dem sich abzeichnenden Regierungswechsel zugunsten der CDU/CSU wurde damit gerechnet, dass die Wirtschaft – also die Interessen der Kapitalisten und der Investoren – wieder um einiges mehr Berücksichtigung finden und die Interessen der Lohnabhängigen und Empfänger staatlicher Leistungen wieder weiter hintenangestellt werden, als das bisher der Fall war. Klar ist auch, dass ökologische Fragen in den Hintergrund gerückt werden. Die Hauptsache ist, dass die Profite stimmen!

Das BIP ist preisbereinigt 2023 gegenüber 2022 um 0,3% und 2024 gegenüber 2023 um 0,2 % gesunken. Die Aussichten für 2025 sind trüb. Ver.di ging im November<sup>1</sup> davon aus, dass die Erwartungen zwischen 0,7 und 1,1 Prozent liegen. Für die Jahre 2025 und 2026 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute eine Inflationsrate von jeweils 2 Prozent. Zu erwarten ist, dass die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden geringer ausfallen.

Die öffentlichen Haushalte sind defizitär. Der Saldo beim Bund liegt bei 51 Mrd. Euro€ und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei 24,8 Mrd. Euro€. Nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes sind dafür höhere Sozialausgaben insbesondere bei den Gemeinden, aber auch bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder zu verzeichnen. „Beim Bund ist außerdem ein starker Anstieg der laufenden Sachausgaben aus militärischen Beschaffungen zu verzeichnen. Diese gingen für den Kernhaushalt zwar zurück auf 14,7 Milliarden Euro (2023: 17,0 Milliarden Euro), stiegen jedoch beim Sondervermö-

gen Bundeswehr (2024: 16,9 Milliarden Euro, 2023: 5,6 Milliarden Euro).“<sup>2</sup>

Christine Behle berichtete Anfang 2024, dass sich der Personalmangel bei Bund, Ländern und Gemeinden auf die Qualität der Dienstleistungen und die Arbeitsbedingungen für das verbliebene Personal auswirke, da diese immer mehr Aufgaben bewältigen müssen.

So waren Anfang 2024 über 300.000 Stellen nicht besetzt sind. Anfang 2025 waren es bereits 500.000 Stellen. Personalmangel herrsche schon länger im IT-Bereich, den KITAs, der Feuerwehr und bei den Bauämtern. In allen Bereichen der sozialen Arbeit bestehe eklatanter Personalmangel.

Nach Darstellung der VKA konzentrierte sich der Personalmangel „besonders auf die IT- und Ingenieurbereiche sowie den Erziehungsdienst und den Pflegesektor. Auch in der Kommunalverwaltung sowie in Schulen und Kindertagesstätten fehlt qualifiziertes Personal.“<sup>3</sup> Der Fachkräftemangel werde sich mit dem Renteneintritt der Babyboomer-Generation verschärfen, weniger junge Fachkräfte werden nachrücken. Das DIW Köln prognostizierte bis 2027 eine Fachkräftelücke von 728,000 Personen.

Mit der von Behle im Januar 2024 angekündigten online-Arbeitszeitbefragung erhoffte ver.di, Einblick in die Belastungen der Beschäftigten in den verschiedenen Bereichen zu erhalten und Antworten zu bekommen, welche Arbeitszeitmaßnahmen in welchen Bereichen dazu verhelfen würden, Belastungssituationen zu minimieren. Formuliert wurde das Ziel „tarifvertraglich lösbare Änderungen zu definieren, die zur Entlastung der Beschäftigten beitragen und dem Arbeitskräftemangel im öffentlichen Dienst entgegenwirken.“<sup>4</sup>

## An der online-Arbeitszeitbefragung,

durchgeführt von Februar bis April 2024, beteiligten sich 257.647 aktiv Beschäftigte aus Bund, Ländern, Gemeinden und kommunalen Unternehmen. Davon waren 59 Prozent Frauen. Etwa 53 Prozent waren gewerkschaftlich organisiert (46 % ver.di und knapp 7 Prozent bei GEW, GdP und dbb).

Die Auswertung ergab, dass bei gut 62% der Befragten Stellen im unmittelbaren Arbeitsbereich nicht besetzt waren. Mehr als vier Fünftel gaben an, dass die Arbeit von ihnen oder anderen Kollegen erledigt wurde. Dies führte zu Mehrarbeit. Knapp 47 % gelingt ein Zeitausgleich beim Überschreiten der vereinbarten Arbeitszeit nicht. Rund 42,5 % verzichteten häufig auf Pausen.

2 Statistisches Bundesamt, Öffentliches Finanzierungsdefizit im Jahr 2024 bei 104,4 Milliarden Euro, PM Nr. 131 vom 04.04.2025

3 Tarifrunde Öffentlicher Dienst 2025 Fakten, Hintergründe, Einordnungen, VKA, Berlin, Februar 2025

4 Jahrespressegespräch: ver.di fordert für Beschäftigte bessere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Geld und mehr Personal, ver.di – pm 11.01.2024

1 vgl. Pressemappe Tarifrunde Bund/VKA 2025, ver.di, Berlin 18.11.2024

Gut 81 % wünschten die Reduzierung der Arbeitszeit. Gut 56 % gehen davon aus, dass sie die Tätigkeit unter gegebenen Bedingungen nicht einschränkungsfrei bis zur Rente ausüben können. Rund 40 % der Teilzeitbeschäftigten arbeitet aufgrund der hohen Belastung im Vollzeitjob in Teilzeit.

Es gab aber auch gegenteilige Auffassungen. So hatten 19 % keinen Wunsch nach Verkürzung. Gut mehr als die Hälfte kann sich wegen der hohen Arbeitsbelastung die Verkürzung der Arbeitszeit nicht leisten. Knapp die Hälfte kann sich dies aus finanziellen Gründen nicht leisten.

Die Werte bei Nahverkehrsunternehmen, Musikschullehrern, Pflegekräften, Beschäftigten mit medizinisch-therapeutischen Tätigkeiten in Krankenhäusern und Kliniken, bei Fachkräften in den Kitas und Beschäftigten in der Sozialen Arbeit (ohne Kita) waren die Werte noch höher. Eine besonders hohe Belastung ist zu verzeichnen bei Beschäftigten in Wechselschicht bzw. Schicht und/oder bei Nachtarbeit, Arbeit am Wochenende oder im Bereitschaftsdienst, der Rufbereitschaft und bei geteilten Diensten.

## Forderungen der Gewerkschaften

Die BTK leitete Anfang Juni 2024 die online-Beschäftigtenbefragung zu den Forderungen ein. Sie ging davon aus, dass „die Arbeitgeberseite nicht freiwillig zu Zugeständnissen bereit ist und die Auseinandersetzungen sehr hart werden“, und verwies darauf, dass die Arbeitszeit auch Thema sein wird, da die „große ver.di-Arbeitszeitbefragung ... gezeigt (hat), wie hoch Belastung und Arbeitsdruck im öffentlichen Dienst sind.“<sup>5</sup> Die Beschäftigtenbefragung stieß auf große Resonanz. An ihr nahmen mehr als 150.000 Kolleginnen und Kollegen teil.

Die BTK6 beschloss auf Grundlage der beiden Befragungen am 09.10.2024 ihre Forderungen nach einer Entgeltsteigerung von insgesamt acht Prozent, mindestens aber 350 € bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Ferner gefordert wurde eine deutliche Erhöhung der Zulagen und Zuschläge für Arbeit zu ungünstigen Zeiten und Überstundenzuschläge auch bei Teilzeit. Die Entgelte der Auszubildenden, dual Studierenden und Praktikanten sollten monatlich um 200 € erhöht werden. Zudem wurde die unbefristete Übernahme der Auszubildenden in Vollzeit gefordert.

Um der hohen Verdichtung der Arbeit etwas entgegenzusetzen, forderte die BTK drei zusätzliche freie Tage für alle. Gewerkschaftsmitglieder sollten einen zusätzlichen freien Tag erhalten. Ferner eingeführt werden sollte das Meine-Zeit-Konto<sup>7</sup>. Damit sollte dem Beschäftigten die individuelle Möglichkeit gegeben werden, am Ende eines Monats selbst zu entscheiden, ob er das Guthaben ausgezahlt haben, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzen oder zusätzliche freie Tage will, oder ob das Guthaben für eine längere Auszeit angespart werden soll. Es ergingen noch weitere Forderungen, u. a. eine neue

und attraktive Altersteilzeitregelung, die sich auch Beschäftigte unterer Entgeltgruppen leisten können.<sup>8</sup>

## Reaktionen auf die Forderungen

Über die Forderung informierte die Tagesschau unter „Gewerkschaften fordern acht Prozent mehr Geld“ und stellte fest, dass die Lohnforderung von ver.di etwas über der Forderung der IG-Metall für die Metall- und Elektroindustrie liegt. Diese forderte 7 Prozent. Rückblickend auf den Abschluss von Bund und Gemeinden 2023 erzielte ver.di aus Sicht der Tagesschau „die größte Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst seit Jahrzehnten. Damit sollte der damals drastische Anstieg der Verbraucher und Energiepreise abgefedert werden.“<sup>9</sup> Aber eben nur abgefedert – nicht ausgeglichen.

Die VKA<sup>10</sup> warf den Gewerkschaften vor, dass diese mit ihren überzogenen Forderungen die Handlungsfähigkeit der Kommunen gefährden. Nach Auffassung der VKA-Präsidentin, Karin Welge, gingen die Kommunen in der TR 2023 an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Mit ihrer Feststellung: „Jeder Euro, der für höhere Gehälter ausgegeben werden muss, fehlt an anderer Stelle, beispielsweise für wichtige Investitionen in die Daseinsvorsorge“<sup>11</sup> spielte sie Lohnarbeiter des Öffentlichen Dienstes gegen Empfänger öffentlicher Dienstleistungen aus, wohl wissend, dass diese in der Regel auch Lohnarbeiter sind.

Diese Linie – den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften vorzuwerfen, dass sie es sind, die für die Einschränkungen der öffentlichen Dienstleistungen verantwortlich sind – setzte sie bei ihrer ablehnenden Haltung nach mehr Urlaub fort, indem sie auf die Einführung der Regenerationstage für die Erzieherinnen und Erzieher einging. Geführt habe dies dazu, dass viele Kitas ihre Öffnungszeiten anpassen mussten. „Wenn nun mehr freie Tage für den gesamten öffentlichen Dienst gefordert werden, ist also jedem klar, was das faktisch bedeutet. Und es dürfte wohl kaum im Interesse der Gewerkschaften sein, wenn Kitas zukünftig häufiger schließen, der Bürgerservice eingeschränkt wird oder Stationen im Krankenhaus geschlossen werden müssen, weil nicht genug Pflegekräfte verfügbar sind.“<sup>12</sup>

Hier setzt sich bereits die von der CDU in der Agenda 2030 anvisierte Lösung des Arbeitskräftemangels durch. Unter dem Slogan „Mehr Arbeitskraft und mehr Flexibilität“ wird festgestellt, dass „es einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften gebe.“ Sie will „... daher das inländische Arbeitskräftepotential besser ausschöpfen ... Ein wichtiger Baustein für die inländische Aktivierung von Arbeitskräften ist die Abschaffung des sog. Bürgergeldes und die Einführung einer Neuen Grundsicherung... Neben praxisgerechteren Formerfordernissen im Arbeitsrecht passen wir das Arbeitszeitgesetz an: Zukünftig soll

5 TR Öffentlicher Dienst – Forderungsdiskussion startet, ver.di, Berlin 12.06.2024

6 vgl. Zeit für Mehr! Mehr Geld, Mehr Zeit meine Wahl im TVÖD, ver.di 18.10.2024

7 vgl. Zeit für Mehr! Mehr Geld, Mehr Zeit meine Wahl im TVÖD, ver.di 18.10.2024

8 vgl. Zeit für Mehr! Mehr Geld, Mehr Zeit meine Wahl im TVÖD, ver.di 18.10.2024

9 Gewerkschaften fordern acht Prozent mehr Geld, Tagesschau 09.10.2024

10 vgl. VKA, VKA: „Gewerkschaften gefährden mit ihren überzogenen Forderungen die Handlungsfähigkeit der Kommunen“, Presseinformation vom 09.10.2024

11 vgl. VKA, VKA: „Gewerkschaften gefährden mit ihren überzogenen Forderungen die Handlungsfähigkeit der Kommunen“, Presseinformation vom 09.10.2024

12 w.v.

es eine wöchentliche anstelle einer täglichen Höchst- arbeitszeit geben.“<sup>13</sup> Ferner soll der Einstieg ausländischer Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt vereinfacht werden.

Nach Karin Welge (VKA) wird die Inflation bei rund zwei Prozent liegen. „Das ist eine Orientierungsgröße, die auf dem Tisch liegt...“<sup>14</sup>

Der Chefökonom der Hamburg Commercial Bank, Cyrus de la Rubia, bezeichnete die Forderung als „sehr robust“ und fügte hinzu: „Das ist insofern nachvollziehbar, als die Geldentwertung vielen privaten Haushalten immer noch in den Knochen steckt. Stellt man beispielsweise den Vierjahresvergleich an, sind die Preise heute knapp 20 Prozent höher als Ende 2020.“<sup>15</sup>

## Die Verhandlungen

In den drei Verhandlungen in Januar, Februar und März kam es zu keiner Einigung. Zu Beginn lehnten VKA und Bund die Forderungen der Gewerkschaften damit ab, dass die Kassen leer und die Forderungen zu hoch seien. Die soziale Komponente lehnten sie ab, da die unteren Entgeltgruppen gut bezahlt werden. Es gebe Nachholbedarf bei Fach- und Führungskräften. Freie Tage akzeptierten sie nicht. Das Meine-Zeit-Konto lehnten sie ab, da sie dann nicht mehr über die Zeit der Beschäftigten entscheiden können.

Im weiteren Verlauf forderten die AG eine Laufzeit von 36 Monaten. Über Zulage und Zuschläge für Arbeiten zu ungünstigen Zeiten bestand Gesprächsbereitschaft.

In der 3. Verhandlungsrunde<sup>16</sup> am 17.03.2025 boten die AG Entgelterhöhungen unterhalb der Inflationsrate an. Bis Oktober wollten sie eine Nullrunde. Den Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Entgeltgruppen lehnten sie ab. Die Laufzeit solle 36 Monate betragen. Dies lehnten die Gewerkschaften ab. Sie machten das Angebot weiter zu verhandeln und boten eine zeitnahe vierte Verhandlungsrunde an. Die AG lehnten dies ab und riefen die Schlichtung an.

## Die Aktivitäten der Mitglieder

An den Vorbereitungen der TR, der online-Arbeitszeitbefragung, beteiligten sich 136.553 Gewerkschaftsmitglieder. An der Beschäftigtenbefragung beteiligten sich mehr als 150.000. Hier wurde nicht zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern unterschieden. Die seit 2020 erlittenen Preissteigerungen dürften der wesentliche Grund dafür gewesen zu sein, eine deutliche Lohnforderung zu stellen. Die KollegInnen, insbesondere die aktiveren, dürften sich noch an die Diskussionen um das „Inflationsausgleichsgeld“ und an dessen Null-Wirkung auf die Monatstabellenlöhne erinnern haben. Diskutiert wurden auch die Auswirkungen auf die Sozialkassen, die dabei leer ausgingen, und die individuellen Folgen,

z. B. der Rente, die dabei geschmälert wird. Der Ausgleich wurde aber von vielen dringend benötigt.

Zur Aktivierung der Mitglieder und zur Unterstützung der Forderungen führte ver.di den sogenannten Stärketest ein. Hierbei handelt es sich um Unterschriftenlisten, mit denen die Vertrauensleute in den Betrieben und Verwaltungen die Forderungen ins Gespräch brachten und Unterschriften sammelten. Bereits zur 1. Verhandlung hatten 230.000 die Forderungen unterstützt. Zur 3. Verhandlungsrunde waren es 279.300. Zudem organisierten sich immer mehr KollegInnen. Allein in den letzten Februar- und Märzwochen kamen tausende neue Mitglieder hinzu. Nach dem Scheitern der Verhandlungen am 17.03. wurde ein neuer Stärketest entworfen. Unter Hinweis auf die von der Schlichtungskommission entwickelte Einigungsempfehlung, über die dann weiter verhandelt wird, wurden die Beschäftigten aufgefordert, sich zu entscheiden zwischen Annahme eines Ergebnisses, das einen erheblichen Kompromiss gegenüber den Forderungen darstellt, oder nicht dazu bereit zu sein und auch längere Zeit zu streiken. Ob dies noch unter die Beschäftigten gebracht wurde, ist nicht bekannt.

Vor der 3. Verhandlungsrunde im März 2023 standen nahezu gut 500.000 Beschäftigte im Warnstreik und unterstützen damit die Gewerkschaften bei den Verhandlungen. Das sah in dieser Tarifrunde anders aus. Vor der 3. Verhandlungsrunde 2025 standen demgegenüber nur 150.000 im Warnstreik.

## Der Abschluss

In der 4. Verhandlungsrunde wurde am 06.04. auf Grundlage der Schlichtungsempfehlung vom 28.03. 2025 eine Einigung, die bis auf Ausnahmen dem Schlichterspruch entspricht, erzielt.

**Der TV läuft vom 01.01.2025 bis 31.03.2027** – also über 27 Monate. Januar bis März 25 sind Nullmonate.

**Die Tabellenentgelte** werden ab dem 01.04.2025 um 3,0, mindestens um 110 € monatlich erhöht. Ab dem 01.05.2026 werden sie um weitere 2,8 Prozent erhöht.

**Die Entgelte der Auszubildenden**, Praktikanten und dual Studierenden werden ab dem 01.04.2025 monatlich um 75 Euro und ab dem 01.05.2026 um weitere 75 Euro erhöht.

### Zulagen für Wechselschicht und Schichtarbeit

Die Zulagen werden ab 01.07.2025 erhöht. Die Zulage für ständige Wechselschichtarbeit der Beschäftigten in den Krankenhäusern, Pflege- und Betreuungseinrichtungen wird die Zulage von 155 Euro auf 250 Euro erhöht. Die ständige Wechselschichtarbeit in anderen Bereichen wird von 105 auf 200 Euro angehoben und die Zulage für die ständige Schichtarbeit wird von 40 auf 100 Euro angehoben. Die Zulagen werden bei allgemeinen Entgelterhöhungen ab 01.07.2027 erhöht.

### Urlaub

Ab 2027 gibt es für alle einen Tag mehr Urlaub.

### Jahressonderzahlung

Teile der Jahressonderzahlung können zukünftig in bis zu drei freie Tage umgewandelt werden. Für die Beschäftigten der Kommunen wird ab 2026 die soziale Staffelung der Jahressonderzahlung nach niedrigen Einkommen, mittleren Einkommen und

13 VKA: „Gewerkschaften gefährden mit ihren überzogenen Forderungen die Handlungsfähigkeit der Kommunen“, Presseinformation vom 09.10.2024

14 Agenda 2030 – Neuer Wohlstand für Deutschland, Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands am 10./11. Januar 2025, S. 7ff

15 Gewerkschaften fordern acht Prozent mehr Geld, Tagesschau 09.10.2024

16 w.v.

höheren Einkommen aufgegeben. Bei allen beträgt die Jahressonderzahlung 85 % der jeweiligen monatlichen Entgelte.

Die Beschäftigten der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen haben die Wahl nicht. Hier werden die Jahressonderzahlungen in den EG 1 bis 8 auf 90 Prozent erhöht und ab der EG 9 auf 85 Prozent.

#### **Freiwillige Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit**

Zum 1. Januar 2026 können Arbeitgeber und Beschäftigte nach der Probezeit die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden wöchentlich vereinbaren. Die Erhöhung ist zu befristen, kann bis zu 18 Monate gelten und kann einvernehmlich auf weitere 18 Monate verlängert werden. Die Erhöhungsstunden sind keine Überstunden. „Für Arbeitsstunden, die über die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von Vollbeschäftigten hinausgehen (Erhöhungsstunden), erhalten Beschäftigte einen Zuschlag des auf die Stunde entfallenden Anteils des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen Entgeltgruppe.“<sup>17</sup> In den EG 1 bis 9b beträgt der Zuschlag 25 Prozent und in den EG 9c bis 15 10 Prozent.

**Abweichend zu der Schlichtung** wurde im Wesentlichen vereinbart, dass die Regelungen zur Umwandlung der Jahressonderzahlung in freie Tage, zum weiteren Urlaubstag und zur freiwilligen Erhöhung der regelmäßigen Arbeitszeit nur insgesamt zum 31.12.2029 gekündigt werden können. Anfang 2029 sollen sie evaluiert werden.

#### **Übernahme Auszubildende und dual Studierende**

„Voraussetzung für die Übernahme ist, dass Auszubildende und dual Studierende des Bundes und anderer Arbeitgeber, in deren Aufgabenbereichen auch hoheitliche Tätigkeiten wahrgenommen werden, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen.“<sup>18</sup> Die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist möglich, wenn die Prüfung mit durchschnittlich „Befriedigend“ bestanden wurde und ein freier Arbeitsplatz, der auf Dauer eine ausbildungsadäquate Beschäftigung bietet, vorhanden ist.

### Resümee ver.di



Ver.di stellte nach dem Scheitern der Verhandlungen fest, dass „die politische Zeitenwende mit der Haltung der neuen Regierung zu Haushaltskürzungen und Sparvorgaben ... nun auch in den Verhandlungen spürbar (ist): Sie

17 Einigung in der Tarifverhandlung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen, Potsdam, 06.04.2025

18 Einigung in der Tarifverhandlung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen, Potsdam, 06.04.2025

wollen den Gürtel im öffentlichen Dienst enger schnallen. Es gibt klare Haltelinien auf der Gegenseite, die nicht einfach zu verrücken sein werden.“<sup>19</sup>

Nach Frank Werneke „...ist (das Schlichtungsergebnis) ein schwieriges Ergebnis in schwierigen Zeiten. Letztendlich konnten aber ... (durch die Warnstreiks, d. V.) Entgeltsteigerungen oberhalb der zu erwartenden Preissteigerungsrate durchgesetzt werden, außerdem Verbesserungen bei einigen Zuschlägen und der Arbeitszeit.“<sup>20</sup>

Die Mehrheit der BTK empfahl die Annahme nach intensiver Debatte. „Die Bundestarifkommission ö.D. hat dieses Ergebnis lange und in kontroverser Debatte abgewogen. Ein Tarifergebnis ist immer ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Deshalb war auch die Frage entscheidend: sehen wir Spielraum, mit diesen Arbeitgebern zu dieser Zeit vor dem Hintergrund neuer politischer Verhältnisse noch mehr rauszuholen? Die Antwort war nein. Wichtig ist: Dieses Nein gilt für den Moment und ist für zukünftige Auseinandersetzungen veränderbar.

Wir haben in dieser Tarifrunde enorm viel gelernt und aufgebaut. Wir haben an zentralen Punkten gezielt Druck gemacht, wie die Flughafenstreiks, das Bestreiken von Schleusen der Wasserschifffahrt und der OPs in den Krankenhäusern zeigen. Wir haben aber auch Masse auf die Straße gebracht. Allein in der letzten Woche vor der dritten Verhandlungsrunde 150.000. Das ist eine gute Grundlage. Diese Stärken müssen wir weiterentwickeln – um das Kräfteverhältnis weiter zu unseren Gunsten zu verschieben“<sup>21</sup> Die Junge Welt berichtet am 08.04.25 davon, dass nur 51 von 99 Mitglieder für den Abschluss stimmten und 37 dagegen. Abgelehnt worden sei der Abschluss auch geschlossen von den Mitgliedern der BTK aus NRW.

### Die Mitgliederbefragung

Damit wurde das Ergebnis noch nicht endgültig angenommen. Vom 08.04.2025 bis zum 09.04.2025 lief die Mitgliederbefragung. Ver.di forderte ihre Mitglieder dazu auf, die zum Vorschlag der Schlichtung begonnene Diskussion in den Betrieben zu der Einigung fortzusetzen und sich an der Mitgliederbefragung zu beteiligen. Ab 28.04.2025 war es auch möglich sich digital zu beteiligen. Der Hinweis, dass anschließend die BTK endgültig entscheidet, wurde ebenfalls gegeben. An der Befragung vom 10.04. bis 09.05 nahmen laut Angaben von ver.di 24,1 Prozent der ver.di-Mitglieder, für die das Tarifergebnis zutrifft, teil. Für die Annahme haben sich 52,2 Prozent entschieden. Erstmals wurden von ver.di die prozentualen Teilnehmerzahlen veröffentlicht. Ver.di weist darauf hin, dass das Verhandlungsergebnis zu einer intensiven und kontroversen Diskussion geführt hat und die Einschätzung über die Bewertung des Ergebnisses gehen „teilweise weit auseinander. Auch die eher knappe Mehrheit in der Mitgliederbefragung ist ein Auftrag an uns alle, weiter im Gespräch zu bleiben und zu diskutieren,

19 Verhandlungen gescheitert – Arbeitgeber rufen Schlichtung an, ver.di, Berlin 17.03.2025

20 Wir haben eine Einigung! Vierte Verhandlungsrunde mit Bund und VKA in Potsdam – Mehrheit der BTK ö.D. empfiehlt Annahme, Ver.di 06.04.2025

21 vgl. Wir haben eine Einigung! Vierte Verhandlungsrunde mit Bund und VKA in Potsdam – Mehrheit der BTK ö.D. empfiehlt Annahme, Ver.di 06.04.2025

was wir aus dieser Tarifrunde für zukünftige Auseinandersetzungen lernen können.“<sup>22</sup>

## Was sagen wir zu diesem Ergebnis

Ver.di – aber auch den anderen Gewerkschaften – gelingt es seit Jahren nicht mehr Lohn- und Entgelttarifverträge mit der Laufzeit von einem Jahr abzuschließen. Von einer Reallohnsicherung kann nicht die Rede sein. Die Erhöhung 2025 gilt für den Zeitraum von April bis Dezember 2025. Das sind 9 Monate. Unter Berücksichtigung der Realisierung der mindestens 110 € ergibt sich für alle Entgeltgruppen eine durchschnittliche Erhöhung des Monatsentgelts um 3,26 %. Dies mit Anzahl der 9 Monate multipliziert und dann aufs Jahr berechnet, indem durch 12 geteilt wird, ergibt eine durchschnittliche monatliche Erhöhung um 2,45 %. Insbesondere wird nicht berücksichtigt, dass die erlittenen Reallohnverluste der letzten Jahre nicht ausgeglichen worden sind.

Mit Aufgabe der sozialen Staffelung der Jahressonderzahlung wurde dem Nachholbedarf der VKA bei Fach- und Führungskräften nachgegeben. Durch die Umwandlung der Jahressonderzahlung in freie Tage werden Lohnkosten gespart. Die Beschäftigten zahlen ihren dringend benötigten Urlaub selbst. Der Fachkräftemangel wurde zu Lasten der Beschäftigten durch „freiwillige“ Verlängerung der Wochenarbeitszeit „gelöst“. Mit dieser Regelung ist die mühsam erkämpfte wöchentliche Arbeitszeit unter 40 Stunden aufgegeben worden und das Tor zur wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden für alle wurde geöffnet.

Die Einführung des Bekenntnisses der Auszubildenden und dual Studierenden als Voraussetzung für die Übernahme führt zur weiteren Entpolitisierung und Einschüchterung junger Menschen. Diese jetzt tariflich festgeklopfte Regelung erinnert an den unsäglichen, sogenannten Radikalenerlass der Bundesregierung Brandt/Scheel von 1972. Sie schließt ebenso in der heutigen Zeit an die Bestrebungen an, die Zivilklauseln an den Universitäten abzuschaffen, mit denen sich seit 1986 inzwischen ca. 70 Hochschulen dazu verpflichteten, Forschung allein für friedliche Zwecke zu treiben.<sup>23</sup> In Bayern wurden sie im August 2024 durch ein „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ verboten; dagegen laufen seit Februar 2024 Klagen vor dem Bayrischen Verfassungsgerichtshof.

Beschämend ist nun, dass die Gewerkschaft ver.di offenbar – von sich aus oder unter Druck – sich nicht entblödet, dieser Disziplinierung gegen Auszubildende und dual Studierende zuzustimmen. Hier ist es nicht einfach der bürgerliche Staat, der das im Sinne der „Kriegserächtigung“ gesetzlich regelt, sondern es sind die sogenannten „Sozialpartner“, die das in einem Tarifvertrag vereinbaren.

Für die Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber VKA und Bund gibt es mehrere Gründe. Die Aussichten für einen Anstieg der wirtschaftlichen Entwicklung sind nicht sichtbar. In der Regel wirkt sich dies auf die Steuereinnahmen der Haushalte negativ aus. Die

Ausgaben können durch die Steuereinnahmen nicht gedeckt werden. Allein dies bewirkt schon Kürzungen. Allein der wirtschaftlichen Entwicklung wegen, die mithilfe staatlicher Unterstützung in Schwung gebracht werden soll, benötigt der Bund mehr finanzielle Mittel.

Durch die vom Bund betriebene und durch Wegfallen der Schuldenbremse für die Militärausgaben ab einem Prozent des BIP unbegrenzte Aufrüstung werden zusätzliche finanzielle Mittel für die Zinsen benötigt. Für die nachgeordneten Gebietskörperschaften Länder und Gemeinden stehen dann weitere Mittel nicht zur Verfügung. Zukünftig wird diese Entwicklung durch die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarte Haushaltskonsolidierung verschärft. Erhofft werden u. a. „Einsparungen beim Bürgergeld durch eine reformbedingt und zu erwartende bessere Arbeitsmarktintegration.“

Das wissen die Vertreter der VKA, die wie der Deutsche Städtetag kritisieren, dass ihren Mitgliedern immer mehr Aufgaben aufgebürdet werden, die finanziellen Mittel aber fehlen. Daran wird sich zukünftig erst einmal nichts ändern. Von den in den Gebietskörperschaften agierenden Parteien ist Widerspruch zur Aufrüstung nicht zu erwarten – im Gegenteil sie unterstützen dies.

Gegen diese Entwicklung konnten die Gewerkschaften sich mit ihrer aktuellen, nicht Flächen deckenden Kampfkraft und dank ihrer sozial-partnerschaftlichen Haltung nicht durchsetzen. Eigentlich müsste mittlerweile klar sein, dass die Arbeitgeber die Sozialpartnerschaft in der Industrie schon längst ad acta gelegt haben und diese Entwicklung auch vor den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes nicht Halt macht. Die VKA folgt. Frank Werneke ist schon zuzustimmen, dass diese Stärken weiterentwickelt werden müssen, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Beschäftigten zu verändern. Die aktiven und große Teile der an den Warnstreiks beteiligten Kolleg:innen werden zutiefst enttäuscht und sauer sein und sich fragen wie es jetzt weitergeht. Dazu bedarf es der Aufarbeitung der Tarifrunde, in der u. a. auch die eigenen Unzulänglichkeiten Thema sind, um die Bereitschaft der Kolleg:innen in die praktische Auseinandersetzung zu fordern und zu fördern. Klar sollte den Beschäftigten bzw. Lohnabhängigen sein, dass nur sie es sind, die ihre Interessen formulieren und nur sie es sind, die diese gemeinsam versuchen können gegen die Arbeitgeber durchzusetzen. Es reicht da ganz bestimmt nicht, wesentliche Teile der Vorbereitungen einer Tarifrunde in online-Befragungen zu machen. Die Kolleg:innen müssen auch wieder persönlich vor Ort in Mitgliederversammlungen zusammenkommen, um sich beraten und gemeinsam Kraft geben zu können.

R/SI, 13.5.2025 ■

<sup>22</sup> Ver.di-Bundestarifkommission Ö.D. stimmt Tarifergebnis zu, ver.di, Berlin 12..05.2025

<sup>23</sup> vgl. hierzu eine [Liste bei wikipedia.org unter Zivilklausel](https://de.wikipedia.org/wiki/Zivilklausel)

# Die Auswirkungen der Inflationsausgleichsprämie auf die Sozialkassen

Die Bundesregierung ist noch nicht einmal zwei Monate im Amt und schon muss Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) zugeben, dass die Krankenkassen sich in einer finanziellen Schieflage befinden. Mit einem Bundeszuschuss von 800 Millionen Euro will sie kurzfristig deren Handlungsfähigkeit sichern.

Wir erinnern uns. Bereits im letzten Jahr musste ihr Vorgänger Karl Lauterbach öffentlich eingestehen, dass bei den Kranken- und den Pflegekassen ein riesiges Defizit aufgetreten ist. Er schlug vor, es mit einer drastischen Erhöhung der Beiträge für die Kranken- wie die Pflegeversicherung auszugleichen. Die Krankenkassenbeiträge wurden Anfang 2025 trotz steigender Einkommen im Durchschnitt um 0,8 %-, die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,2 %-Punkte heraufgesetzt. Bei einem Bruttoeinkommen von 4.000,- € im Monat führt dies zu einer Erhöhung der Abgabelast um 40 €. Jeder sozialversicherungspflichtige Beschäftigte hat davon die Hälfte zu tragen. Wenn diese drastische Steigerung der Beiträge ab Januar diesen Jahres nicht ausgereicht haben, die Sozialkassen zu stabilisieren, muss es tiefer liegende Gründe für deren Unterfinanzierung geben. Auch die Arbeitslosenversicherung gab jüngst bekannt, im vergangenen Jahr ihren Haushalt mit einem Fehlbetrag abgeschlossen zu haben.

## Erklärungsversuche der bürgerlichen Politik

Die bürgerliche Politik hatte schnell Erklärungen parat. Ministerin Warken sieht die Krankenkassen als „Notfallpatienten“. Das Gesundheitssystem stecke in „tiefroten Zahlen“, ergänzt sie. Sie fordert, „Reformen im Gesundheitswesen nicht auf die lange Bank zu schieben“. Zentrale Gründe für die Krise erkennt sie darin, dass „wir“ immer älter werden, Medikamente und Krankenhausbehandlungen sich ständig verteuern. Und eilfertig fügt der Grünen Politiker Dahmen hinzu: „Unser Gesundheitswesen krankt aber nicht primär an zu wenig Geld, sondern an einem chronischen Reformstau ...“.

Diese Argumente sind altbekannt. Sie werden immer vorgebracht, wenn es zu Haushaltsproblemen bei den Kassen kommt. Mit ihnen soll die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen in Frage gestellt und die Notwendigkeit eines schleichenden Übergangs zu einer kapitalgedeckten Vorsorge begründet werden. Die Beschäftigten, so die Intention dieser „Reformer“, sollen zukünftig einen größeren Teil der Kosten für die Krankenversorgung und die Pflege selber aufbringen.

Dass es strukturelle Probleme in der Finanzierung der Krankenkassenleistungen gibt, wie etwa die unzureichenden staatlichen Zuschüsse für Bürgergeldempfänger, Asylsuchende, Flüchtlinge, etc. ist bekannt. Da die Unterfinanzierung aber seit Jahren besteht, kann sie nicht der Grund sein, weshalb seit 2023 die Einnahmen und Ausgaben der Kranken- wie der Pflegekassen und der Arbeitslosenversicherung nicht mehr ausgeglichen sind.

## Entstehen der Inflationsausgleichsprämie

Als etwa Mitte 2022 die Inflation infolge der sprunghaft gestiegenen Energiepreise in die Höhe schnellte, gerieten die Unternehmerverbände wie die Bundesregierung in Panik. Sie entwickelten ein Horrorszenario für die kommenden Lohnrunden. Sollten die Gewerkschaften bei den anstehenden Tarifrunden hohe Lohnabschlüsse durchsetzen, würde dies eine Inflationsspirale in Gang setzen. Waren und Dienstleistungen würden sich derart verteuern, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den internationalen Märkten gefährdet werde.

Unter Federführung von Kanzler Olaf Scholz reaktivierte die Bundesregierung im Juli 2022 die sog. Konzertherte Aktion. Bereits am 3. September beschloss das Kabinett nach intensiven Beratungen im Rahmen des sog. 3. Entlastungspaketes gesetzlich den Tarifparteien die Möglichkeit zu eröffnen, bis Ende 2024 eine steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie (IAP) in Höhe von maximal 3.000 € zu vereinbaren. Ausgeschlossen vom Bezug der IAP blieben alle Bevölkerungsgruppen, deren Einkommenserhöhungen nicht über Tarifverträge oder ihnen unmittelbar folgenden Entgeltregelungen (Besoldungen) zustande kommen, also Bürgergeldempfänger, Selbständige, Rentner, etc.

Die Gewerkschaften befürworteten den Bundestagsbeschluss zur IAP. Sie wollten diese allerdings nur zusätzlich zu den regulären Lohnabschlüssen vereinbaren. Dabei orientierten sie sich an den in den Monaten zuvor für bestimmte Beschäftigtengruppen gezahlten Corona-Ausgleichsprämien.

Doch mit ihrer prinzipiellen Zustimmung zu dem Gesetz konnten sie nicht mehr zurück. Die IAP war für die Unternehmen und den Staat derart attraktiv, dass beide die gesetzlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen wollten. Die Arbeitgeber konnten mit der Zahlung der IAP über viele Monate die durch die Inflationsrate entstandenen Kaufkraftverluste der bei ihnen Beschäftigten annähernd ausgleichen, ohne für diese Leistungen Einkommensteuer und Sozialabgaben zahlen zu müssen. Auch der Staat hatte einen Vorteil von der Zahlung der IAP. Er konnte die Ausgaben für die Gehälter der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst verringern und die Inflationsrate eindämmen.

## Folgen für die Sozialversicherungen

Noch vor dem endgültigen Auslaufen der gesetzlichen Regelung Ende 2024 haben zwei Autoren der der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in einer Studie<sup>1</sup> aufgezeigt, welche Auswirkungen die IAP für die Unternehmen, den Staat und die Tarifbeschäftigte hatten.

1 Inflationsausgleichsprämie erhöht Einkommen von 26 Millionen Beschäftigten um 52 Milliarden Euro, IMK Policy Brief Nr. 171

Nach ihrer Untersuchung erhielten etwa 26 Millionen Beschäftigte eine IAP. Durchschnittlich bekam jeder Empfänger einen Betrag von ca. 2.000 € Vom Staat und den Unternehmen sind etwas mehr als 52 Milliarden Euro Prämie gezahlt worden.

Davon wurden etwa 5,8 Milliarden Euro an die Beamten und vergleichbare nicht sozialversicherungspflichtige Gruppen (Richter, Parlamentsabgeordnete, Soldaten, Pensionäre, etc.) überwiesen. An sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sind 46,7 Milliarden Euro geflossen.

Da die Zahlungen der IAP nicht in die Lohntabellen eingeflossen sind, erhöhten sich die tabellenwirksamen Löhne der betroffenen Beschäftigten für viele Monate nicht. Deren Abgaben an die Sozialkassen stagnierten in dieser Zeit. Die ausgebliebene Erhöhung der Tariflöhne wird dauerhaft fehlen, da die kommenden Einkommenssteigerungen auf den Entgelttabellen von 2022 aufbauen.

Gleichzeitig stiegen die Ausgaben der Sozialversicherungsträger inflationsbedingt, so dass bei ihnen eine Finanzierungslücke entstanden ist. Sie lässt sich in den kommenden Jahren nur schließen, wenn es zu überproportionale Lohnsteigerungen oder einer dauerhaften Erhöhung der Sozialbeiträge kommen wird. Allerdings könnte auch der Staat seine Zuschüsse für bestimmte Bevölkerungsgruppen anheben um das Defizit auszugleichen. Letztlich sind auch schmerzhafteste Leistungseinschränkungen denkbar. Vermutlich wird es zu einer Kombination unterschiedlicher Maßnahmen kommen.

Profitiert von der IAP haben vor allem die Unternehmer. Sie konnten die Lohnzahlungen stark begrenzen und etwa 9 Milliarden Euro an eigenen Sozialversicherungsbeiträgen einsparen.

Der Staat hat durch die IAP Steuermindereinnahmen von 15 Milliarden Euro verkraften müssen.

Die Beschäftigten sind durch die IAP mehrfach bestraft worden. Sie mussten auf die Erhöhung ihrer Tariflöhne verzichten und dauerhaft eine Absenkung ihrer

Realeinkommen hinnehmen. Sie wurden durch die hohen Mindereinnahmen bei den Sozialkassen mit einer Erhöhung ihrer Beiträge belastet Sie verlieren sogar an Kaufkraft, wenn in den kommenden Tarifrunden die Inflationsrate ausgeglichen werden sollte. Denn die erhöhten Sozialbeiträge fließen nicht in die Berechnung der Preissteigerungsrate ein.

### Zur Tabelle

Die folgende Übersicht kann nur grob die Auswirkungen der IAP skizzieren. Sie orientiert sich an der Studie der HBS

Unberücksichtigt muss bleiben, dass ein Teil der IAP-Empfänger wegen der Beitragsbemessungsgrenzen nicht für das gesamte Einkommen Sozialversicherungsbeiträge zahlt.

In der Tabelle geben die Zeilen ‚IAP Beamte‘ und ‚IAP Tarifkräfte‘ an, wie hoch die IAP Zahlungen jeweils waren.

Die beiden folgenden Zeilen zeigen an, welche Steuer- und Sozialabgaben angefallen wären, wenn die IAP nicht von Steuer- und Sozialabgaben freigestellt worden wäre.

Die beiden letzten Zeilen lassen erkennen, welche Zahlungen an den Staat und die Sozialkassen geflossen wären, wenn die Beschäftigten eine tabellenwirksame Erhöhung ihrer Gehälter und ihrer Besoldung bekommen hätten. Dabei wird unterstellt, dass die Lohnsteigerungen zu einem Nettolohn in Höhe der IAP geführt hätten. Da eine Anhebung der Tariflöhne dauerhaft die Einkommen erhöht hätte, fehlen die davon zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben dem Staat und den Sozialkassen jährlich.

H.B., 01.07.2025 ■

|                                   | Besoldung und Tariflohn | Mindereinnahmen |                    |               |              |               | Gesamtverlust Sozialkassen pro Jahr |
|-----------------------------------|-------------------------|-----------------|--------------------|---------------|--------------|---------------|-------------------------------------|
|                                   |                         | Steuer          | Krankenkasse AN+AG | Rente AN+AG   | Pflege AN+AG | ArbVers AN+AG |                                     |
| Abzüge                            |                         | <b>30 %</b>     | <b>16,3 %</b>      | <b>18,6 %</b> | <b>3,6 %</b> | <b>2,6 %</b>  |                                     |
| IAP Beamte                        | 5,80                    |                 |                    |               |              |               |                                     |
| IAP Tarifkräfte                   | 46,70                   |                 |                    |               |              |               |                                     |
| IAP Beamte mit Steuer             | 5,80                    | -1,74           |                    |               |              |               |                                     |
| IAP Tarifkräfte mit Steuer und SV | 46,70                   | -14,01          | -7,61              | -8,69         | -1,68        | -1,21         | -19,19                              |
| Gehalt Beamte                     | 11,60                   | -3,48           |                    |               |              |               |                                     |
| Tariflohn                         | 93,40                   | -28,02          | -15,22             | -17,37        | -3,36        | -2,43         | -38,38                              |

- Alle Zahlenangaben in Milliarden Euro • Ein durchschnittlicher Grenzsteuersatz von 30 % wird angenommen
- AN+AG = Arbeitnehmer + Arbeitgeber • IAP = Inflationsausgleichsprämie

## Griechenland ist übersät mit NATO-Stützpunkten

Zur Verleihung des Rosa-Luxemburg-Preises an Rolf Becker am 12. April waren auch sechs GenossInnen aus Athen kommen, die Rolf von seinen Besuchen mit der Solidaritäts-Reisegruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus!“ kennen. Zwei von ihnen gehören zur Anti-Nato-Gruppe, die sich 2022 nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gegründet hatte. Ihnen war von Anfang wichtig, dass die NATO und nicht Russland als Hauptgegner und Kriegstreiber gesehen wird. Die Veranstaltung fand in der Maigalerie der Jungen Welt statt; es waren etwa 25 Leute gekommen.

Wir geben zunächst die Begrüßung und das anschließende Referat wieder:

*Im Sinne Rolfs ist der palästinensische Kampf das zentrale politische Thema weltweit. Der Genocid an diesem Volk hat jegliches Narrativ der westlichen Demokratie entlarvt. Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit sind ausgehöhlte Begriffe und klingen angesichts der zehntausenden Toten, den verbrannten und schwer verletzten Kindern, einem zutiefst traumatisierten Volk wie Hohn. Es herrscht der absolute Zynismus, Gaza ist ein unendlicher Friedhof, auf dem eine blutige, gewinnbringende Zukunft von und für die kriminelle Trump-Bande geplant wird. An der Haltung zu diesem historischen Massaker wird jede und jeder einzeln aber auch als Teil einer Gemeinschaft, einer politischen Struktur gemessen und beurteilt. Der Sieg der Palästinensischen Bevölkerung wird ein Sieg der gesamten Menschheit sein, die Niederlage der Palästinenser wird zur Niederlage aller.*

**Die griechische Regierung ist eine der unterwürfigsten gegenüber der NATO, den USA, der EU und Israel**

*Griechenland ist übersät mit NATO-Stützpunkten im Dienst des Imperialismus. Diese werden, obwohl kaum Daten an die Öffentlichkeit gelangen, mit großer Sicherheit im Krieg gegen Russland und zur Unterstützung des Genozids durch Israel eingesetzt. Beispielsweise:*

- Alexandroupoli, dessen Hafen wird genutzt zum Transport von Kriegsmaterial
- Larisa: Stationierung amerikanischer Drohnen
- Volos – Stefanovikeio: Stationierung von Hubschraubern
- Aktion: NATO-AWACS-Radarsysteme operieren regelmäßig von dort
- Andravida: Nutzung des Militärflughafens durch amerikanische Kampffjets
- Ziros – Kreta: Radarsysteme Israels
- Souda: Offizieller US-Stützpunkt zur Versorgung von Operationen im Nahen Osten

*Die militärische Ausrüstung und viele Manöver Griechenlands sind eng mit dem israelischen Militär verflochten, das die Verteidigungsinfrastruktur des Landes praktisch kontrolliert. Beispiele:*

- Vereinbarung mit Israel zur Errichtung eines ähnlichen Verteidigungssystems in der Ägäis wie z.B. das Iron-Dome (Wert: 2 Mrd. €)
- Griechenland ist eines von nur drei Ländern mit einem „Status of Forces Agreement“ (SOFA) mit Israel, das



Text auf dem Transparent: Keine Beteiligung Griechenlands an dem Verbrechen in Gaza! · Fregatten zurück [Die griech. Regierung hatte bereits unmittelbar nach dem 7. Oktober Fregatten in die Region geschickt, zunächst an die Grenze Israel-Libanon, dann auch weiter südlich. Insgesamt waren bisher wohl vier Fregatten im Einsatz. Seitdem ist es eine dauerhafte Forderung, dass die Fregatten zurückbeordert werden.] · Schließung der Militärbasen · Kein Soldat außerhalb der Grenzen · Freiheit für Palästina · Basisgewerkschaftsgruppen



Teilnehmende der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe "Gegen Spardiktate und Nationalismus" und Mitglieder der "Anti-Nato-Aktion" aus Athen auf dem Podium der Maigalerie, Foto: Junge Welt

israelischen Truppen Stationierung in Griechenland erlaubt (seit 2014)

- Bau eines hochentwickelten israelischen OTH-Überwachung-Radars auf Kreta mit einer Reichweite von 600 km in Kombination mit Drohnen (2019)
- Vereinbarungen mit Elbit Systems, Hauptlieferant der israelischen Besatzungsarmee zur Modernisierung griechischer Luftwaffenhelikopter (mehrere Dutzend Mio. €)
- Überlassung des Militärflughafens Kalamata an Elbit für 22 Jahre zur internationalen Pilotenausbildung (Wert: 1,8 Mrd. € 2020)
- Jährliche Militärübung „INIOCHOS“ auf der Basis Andravida mit Luftangriffs- und Bombardierungsübungen
- Überlassung des griechischen Luftraums an Israel zur Simulation eines Angriffs auf den Iran – gefährlich im Falle einer tatsächlichen israelischen Attacke (2023)

Das Spähprogramm PREDATOR, mit dem Mitsotakis das politische System überwachte – ein großer Skandal, der vertuscht wurde – stammt ebenfalls aus Israel. Israel kontrolliert damit faktisch das politische Geschehen in Griechenland. Dies steht in direktem Widerspruch zur traditionell freundlichen Haltung der griechischen Bevölkerung gegenüber Palästina.

### **Die griechischen Militärausgaben sind seit 2014 um 80,9 % gestiegen.**

Im Jahr 2024 beliefen sie sich auf 3,08 % des BIP (Platz 5 nach Polen, Estland, USA, Litauen), während der Bildungsetat lediglich 2,66 % beträgt.

Premierminister Mitsotakis kündigte im Parlament ein 25-Milliarden-Euro-Programm im Rahmen von „Re-arm Europe“ für die nächsten 12 Jahre an und betonte, dass davon nicht abgewichen werde – auch nicht für sozi-

ale Forderungen. Das PASOK stimmte zu, KKE, SYRIZA und SYRIZA-nahe Parteien lehnten ab.

Es bestehen Vermutungen, dass der verheerende Zugunfall von Tempi möglicherweise einen Zusammenhang mit einem geheimen Transport von Treibstoff für US-Drohnen in Larisa hatte. Diese Behauptung wurde von der Kommunistischen Partei im Parlament vorgebracht.

### **Griechische Regierungsvertreter sprechen offen davon, „im Krieg mit Russland“ zu sein.**

Im März 2024 wurde ein Memorandum mit dem US-Verteidigungsministerium ratifiziert, das es den USA erlaubt, griechische Truppen ohne Rücksprache überall einzusetzen – z. B. in der Ukraine.

Dies steht der öffentlichen Meinung entgegen: 54 % der Griechen sind gegen eine Intensivierung der EU-Unterstützung für die Ukraine – Die Zahl liegt unterhalb unter des europäischen Durchschnitts.

Unabhängig von der Meinung, die man zu Putin und dem russischen Regime hat, ist es unserer Meinung nach die Nato gewesen, die diesen Krieg provoziert hat. Interessant ist hierbei der Beitrag des Professors Jeffrey Sachs im Februar 2025 vor dem europäischen Parlament bei einer Veranstaltung mit dem Titel „the Geopolitics of Peace“. Wären die Vereinbarungen von Minsk 2014-2015 eingehalten, der Putsch von Maidan nicht initiiert worden und hätte der Brite Boris Johnson die Übereinkunft in Istanbul im April 2022 nicht gesprengt, könnte der Tod von fast einer Million Menschen verhindert werden.

### **Speziell für die griechische Öffentlichkeit ist von Bedeutung:**

Die griechische Minderheit im Donbass ist Ziel von Angriffen Kiews. Die Regierung unternahm nichts zu deren Schutz, im Gegenteil: Ex-Bildungsminister Syrigos for-

derte, griechische Truppen zur „Schutzmission“ in die Ukraine zu schicken.

Waffen aus der Ägäis wurden in die Ukraine geliefert, was Griechenlands Verteidigungsfähigkeit gegenüber der Türkei schwächt. Zudem blieb Griechenland stumm zur neuen EU-Türkei-Verteidigungsvereinbarung, die faktisch eine strategische Aufwertung für Ankara sein wird.

In diesem Umfeld, in dem der westliche US-EU-Imperialismus seine Aggression steigert, glauben wir nicht, dass es einen anderen Weg für unser Land gibt Frieden, Freiheit und Völkersolidarität zu erreichen, als die Nato und die EU zu verlassen.

Angesichts der zunehmenden Aggressionen des westlichen Imperialismus ist es wichtig, neue globale Ordnungskonzepte zu beachten. Die Perspektive einer multipolaren Weltordnung und die Stärkung der BRICS+ könnten ein günstiges Umfeld für friedliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit bieten – ohne die Bedrohung durch Interventionen oder Sanktionen, wie sie von den USA und der EU ausgehen.

Griechenland gehört schon seit 1952 zur NATO, es wurde damals zusammen mit der Türkei aufgenommen, um die südöstliche Flanke des US-geführten Militärbündnisses gegen die Sowjetunion abzusichern. Die herrschende Klasse Griechenlands war immer auf eine auswärtige Macht angewiesen, um ihre Macht zu sichern. Bis zum zweiten Weltkrieg war das Großbritannien, das in den 50er Jahren von den USA als Vormacht abgelöst wurde. Diese Verbindung der herrschenden Klasse mit den USA wurde besonders deutlich mit dem Militärputsch 1967, der mehr oder weniger von der US-Botschaft gesteuert wurde.

Insofern nahm die griechische Bevölkerung die USA bzw. die NATO anders wahr als in Deutschland, wo sie von vielen als Garant des Wohlstands und der Freiheit

gesehen werden. Wie die beiden ReferentInnen ausführten, hat sich dieses Anti-Nato-Bewusstsein in den letzten Jahren zwar abgeschwächt. Trotzdem begehen jedes Jahr Tausende den Jahrestag des Aufstands der StudentInnen des Polytechnikums gegen die Junta am 14. November 1973.

Der Anti-Nato-Gruppe geht es besonders darum, die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine aufzuzeigen, d.h. die Expansion des NATO-Militärbündnisses immer weiter nach Osten an die Grenze Russlands. Sie sehen den russischen Angriff als Reaktion auf diese Ausdehnung und als einen notwendigen Versuch diese zu stoppen.

Aktuell sehen sie den Gaza-Krieg als politisch zentralen Konflikt, an dem sich die Linke zu orientieren hat und in dem sie eindeutig Stellung beziehen muss. Hinter den Angriffen Israels stehen die USA, Deutschland, die NATO insgesamt. Deshalb liegt hier der Hauptwiderspruch. Griechenland ist eng mit Israel verbündet, Nachschub geht über griechische Häfen. Auf der Peleponnes darf die israelische Luftwaffe Angriffe auf den Iran trainieren, weil das bergige Gelände dem Iran ähnelt.

In der Diskussion kamen Fragen auf, als der Iran erwähnt wurde. Wie die Anti-Nato-Gruppe einen von den USA gedeckten Angriff Israels auf Iran sehen würde. Das Mullah-Regime sei ja nun menschen- und besonders frauenfeindlich. Sei es da nicht zu begrüßen, wenn es beseitigt würde? Ihre Antwort war klar: Sie unterstützen zwar einerseits alle Bemühungen im Iran das Mullah-Regime aus progressiver Sicht zu bekämpfen und zu stürzen. Das sei die Aufgabe des iranischen Widerstands. Aber eine Bombardierung Irans durch Israel habe nicht das Ziel der Befreiung der Frauen, sondern nur einen Widersacher Israels und der USA in der Region zu beseitigen. Beide Punkte müsse man klar auseinander halten.

23. Mai 2025 ■



**Westblock – Ostblock**  
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR

August Thalheimer

### Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion

Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer  
**Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**  
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR

August Thalheimer

### Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

# Unserem Genossen Rolf Becker zum 90. Geburtstag und zur Verleihung des Rosa-Luxemburg-Preises

*Am 31. März feierte Rolf Becker seinen Geburtstag. Die Tageszeitung ‚Junge Welt‘ und die Zeitschrift ‚Melodie & Rhythmus‘ verliehen ihm am 12. April erstmalig den Rosa-Luxemburg-Preis. Die Verleihung fand im vollbesetzten Babylon-Kino vor über 500 Gästen statt. Die dreistündige Veranstaltung vermittelte einen Einblick in das umfangreiche politische und künstlerische Schaffen von Rolf Becker.*

Anfang 1969 trat Rolf in Bremen, seinem damaligen Wohn- und Arbeitsort, der Gruppe Arbeiterpolitik bei. Die enge Zusammenarbeit und der politische Austausch mit dem Altgenossen Josef Bergmann (Pepp) trugen zur Festigung von Rolfs Überzeugungen bei, die er in den Reihen der Arbeiterbewegung umzusetzen versuchte und deren Grundsätzen er bis heute treu geblieben ist. So war es Pepp, der eine gewerkschaftliche Initiative innerhalb der IG Druck bzw. IG Medien zur Unterstützung der politischen Gefangenen aus der RAF anstieß. Von Pepp kam auch die Anregung die gewerkschaftliche Solidarität praktisch zum Ausdruck zu bringen, nachdem NATO-Bomber Zastava, das größte Automobilwerk Jugoslawiens in Kragujevac, mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen zerstört hatten. Eine Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern und Friedensbewegten machte sich noch im Verlauf des Krieges auf den Weg in das angegriffene Jugoslawien. ‚Dialog von unten statt Bomben von oben‘ nannte sich die 10köpfige Gruppe, die Rolf zusammen mit Eckart Spoo, dem Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“, geleitet hatte.

Wir geben zunächst die Rede von Ulrike Eifler wieder, denn sie fasst anschaulich die politische Rolle von Rolf angesichts der durch Bundeskanzler Scholz verkündeten „Zeitenwende“ zusammen. Hinter diesem historisch nebulösen Begriff verbirgt sich die Absicht, den Krieg gegen Russland weiter zu treiben und sich medial die Zustimmung für notwendige Aufrüstung zu Lasten der arbeitenden und arbeitslosen Menschen zu sichern.

**Mit Rolf ehren wir einen Menschen, dessen Leben geprägt ist von dem unermüdlichen Streben nach Gerechtigkeit und Frieden. Als ich vor einigen Wochen gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könne, am heutigen Tag die Laudatio zu halten, da habe ich keine Sekunde gezögert. Denn die Idee, Rolf für sein jahrzehntelanges politisches Wirken mit einem Preis auszuzeichnen, der den Namen Rosa Luxemburgs trägt, hat mir sofort gefallen. Denn mit Rolf ehren wir einen Menschen, dessen Leben bis heute geprägt ist von dem unermüdlichen Streben nach Gerechtigkeit und Frieden.**

Der Rosa-Luxemburg-Preis ist ein Preis, der von der „jungen welt“ und „Melodie & Rhythmus“ ausgelobt wird, um in einer Zeit wachsender Kriegsgefahr den Scheinwerfer auf diejenigen zu richten, die sich mutig in den Wind stellen und unbeugsam ihre Stimme gegen das



Rolf Becker, Foto: Junge Welt

neue Säbelrasseln erheben. In einer Zeit, in der sich Politiker über die friedensverwöhnten Generationen beschwerten, ganz so als sei es ein unverdientes Privileg, ohne Bombenterror und Kriegsangst aufzuwachsen; in einer Zeit, in der 16-jährige Schüler auf Schnuppercamps der Bundeswehr für den Dienst an der Waffe begeistert werden; in einer Zeit, in der die Medien stolz verkünden, dass die Zahl minderjähriger Rekruten nirgendwo so schnell steige wie in Deutschland; in einer Zeit schließlich, in der uns Russophobie, Nationalismus, Hass und Kriegsbesoffenheit eine ganze Generation kluger, emphatischer, träumender und sensibler junger Menschen zu verderben droht – in einer solchen Zeit ist die Bedeutung eines Preises, der die Friedenserhaltung in den Mittelpunkt stellt, von kaum zu überschätzendem Wert.

Als wortgewaltiger Redner, der seine Argumente mit dem klaren Blick eines Marxisten, mit der Leidenschaft eines Gewerkschafters und mit der Sensibilität eines Kulturschaffenden vorzutragen weiß, ist Rolf seit vielen Jahrzehnten ein gern gesehener Gast auf Ostermärschen, Gedenkveranstaltungen und Gewerkschaftskonferenzen. Er ist es auch deshalb, weil er bereitwillig seine Stimme dort erhebt, wo es ihm notwendig erscheint.

Unvergessen sind die gemeinsamen Auftritte von Rolf und Esther Bejarano. „Wir haben das Schweigen nach 1945 erlebt“, sagten sie bei diesen Auftritten. „Wir haben erlebt, wie Naziverbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell, die Nazis waren gar nicht weg“. Dass wir heute, wenn wir im Zusammenhang mit der Zeit des Faschismus über Verbrechen reden, über Massenerschießungen, Konzentrationslager, Antisemitismus, industriellen Massenmord, Zwangsarbeit und

Kriegswirtschaft, haben wir Menschen wie Rolf und Esther zu verdanken, die nicht zuließen, dass nach zwei begonnene Weltkriegen stillschweigend wieder zur Tagesordnung übergegangen wurde und die die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis wachhielten. Und deshalb sollten wir nicht vergessen: Der kritische Blick insbesondere auf diesen Teil der Geschichte, der wurde uns nicht geschenkt, den haben wir gemeinsam über Jahrzehnte erkämpft.

Geschehenes Unrecht nicht einfach hinnehmen zu wollen, nicht einfach hinnehmen zu können, das war es auch, was Rolf dazu veranlasste, den zu Unrecht einsitzenden Journalisten und Bürgerrechtler Mumia Abu Jamal im US-amerikanischen Todestrakt zu besuchen. Und die Empathie auch mit denjenigen von uns, die politisch irrten und die dafür eine lange Haftzeit im Gefängnis verbüßten, veranlasste Rolf dazu, über den gewerkschaftlichen Arbeitskreis „Politische Gefangene“ Kontakt mit Christian Klar aufzunehmen und sich beim Bundespräsidenten für dessen Freilassung einzusetzen.

Unvergessen ist aber vor allem Rolfs Unerschrockenheit, sich im Nahost-Konflikt klar zu positionieren. Viele duckten sich weg in den letzten Jahren, viele schwiegen, aus Angst, als Antisemiten diffamiert zu werden. Rolf hat nicht geschwiegen, sondern sich stets für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ausgesprochen, für ein Ende von Siedlung und Besatzung, für eine einvernehmliche Nutzung von Wasser und

Land. Dass es dafür nicht immer von allen Seiten Applaus gab, solltest du im Rückblick als Ritterschlag nehmen – denn manchmal sind die Pfiffe und die Buhrufe derjenigen, die auf der anderen, auf der gegnerischen Seite stehen, mehr Ausweis für die eigene Geradlinigkeit als der Applaus aus den eigenen Reihen.

Rolf und ich lernten uns schließlich persönlich kennen, als wir auf dem Höhepunkt der Eurokrise als Teil einer gewerkschaftlichen Soligruppe Jahr für Jahr nach Griechenland flogen. Unser Ziel war es, ein Zeichen gegen die Kürzungsdiktate zu setzen, die im Übrigen so weit gingen, dass sie sogar gegen die ILO-Kernarbeitsnormen verstießen. Wir wollten unsere Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Widerstand unterstützen und wir wollten ihre Geschichten mit zurück nach Deutschland nehmen und dort weiter erzählen.

Deshalb besuchten wir das Solidaritätsnetzwerk „Solidarity for all“. Wir sprachen mit den Kollegen des geschlossenen Rundfunksenders ERT. Wir tauschten uns aus mit den ehrenamtlichen Ärzten und Pflegekräften in den Solidaritätskliniken. Wir waren unter Freunden im Arbeitslosenzentrum in Perama. Wir gewannen einen Eindruck von den gestrandeten Geflüchteten, die in bunten Zeltstädten im Hafen von Piräus ausharrten. Wir legten Blumen nieder an der Stelle, an der der Musiker Pavlos Fyssas von den Schlägern der faschistischen Chrysi Avgi ermordet wurde. Und in Distomo gedachten wir der Opfer des Massakers, das die deutsche Wehr-

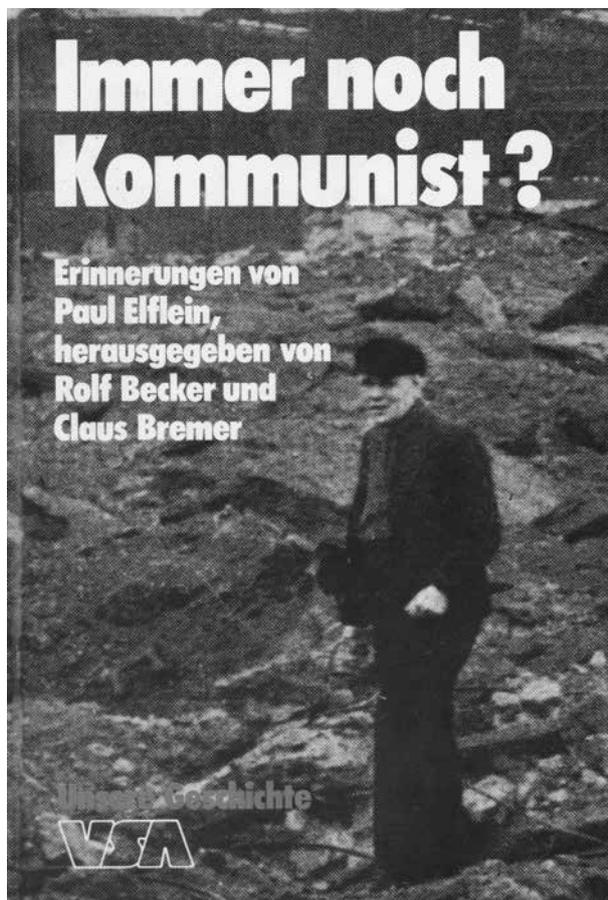
„Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird“

### **Dichter unbekannt**

**Heinrich-Heine-Textfolge  
von Rolf Becker und Claus Bremer**

**Verlag Hans Rudolf Stauffacher  
Limmatquai 36  
CH-8001 Zürich  
1972 (Nachdruck 1979)**

**Lizenzausgabe für den Buchhandel:  
Verlag Koppel 14, D-2000 Hamburg 1**



Die beiden Bücher von Rolf Becker (als Mitherausgeber) sind für je 7 EUR + Versandk. bestellbar: [kontakt@arbeiterpolitik.de](mailto:kontakt@arbeiterpolitik.de)

macht dort 1944 an Zivilisten verübt hatte. Rolf hatte an jedem dieser Orte mahrende, nachdenkliche, einordnende und immer auch irgendwie aufmunternde Worte parat, und häufig schloss er seinen Redebeitrag mit einem Zitat von Bert Brecht, Thomas Mann oder Jannis Ritsos.

Als im Januar 2015 Syriza die Wahl gewann, da waren auch wir voller Hoffnung. Wir feierten den Moment, in dem Yanis Varoufakis Eurogruppenchef Dijsselbloem aus dem Land komplimentierte, und wir litten, als es trotz des OXI-Referendums gelang, die stolze griechische Widerstandsbewegung in die Knie zu zwingen.

Der berührendste Moment aber ereignete sich schließlich im September 2015. Rolf hatte ein halbes Jahr zuvor seinen 80. Geburtstag gefeiert und statt um Geschenke um Spenden für die Griechenlandsolidarität gebeten. Dabei kam ein hoher vierstelliger Betrag zusammen, den Rolf unter anderem dem Arbeitslosenzentrum in Perama weiterleitete. In Perama, einem Vorort von Piräus, betrug die Arbeitslosenquote auf dem Höhepunkt der Spardiktate 90 Prozent. Die Menschen organisierten sich im Arbeitslosenzentrum und veranstalteten Nachbarschaftsversammlungen, um die bleierne Ohnmacht aufzubrechen. Gegen die staatliche Entwürdigung stellten sie die kollektive Selbstorganisation, gegen den Hunger gemeinsame Mahlzeiten, und als die Regierung denjenigen den Strom abdrehte, die ihre Steuern nicht mehr bezahlen konnten, sorgte das Arbeitslosenzentrum – nicht ganz legal, wenn ich es richtig in Erinnerung habe – trotz dafür, dass tausende Haushalte wieder ans Stromnetz angeschlossen wurden und ihre Wohnungen wieder beheizen konnten.

In dem Jahr nun, in dem Rolf seinen 80. Geburtstag gefeiert hatte, wurden wir wie immer sehr herzlich in Perama willkommen geheißen, wir tauschten uns aus und feierten ausgelassen miteinander. Als plötzlich das Licht ausging, kam jemand mit einer Torte herein, auf der zumindest in meiner verklärten Erinnerung 80 Kerzen brannten. Es folgte eine der herzlichsten Geburtstagsgratulationen, der ich je beigewohnt habe. Dabei erfuhren wir, dass das Geld, das Rolf an das Arbeitslosenzentrum weitergegeben hatte, nicht für die Stadtteilarbeit aufgewendet wurde. Nein, die Genossen erzählten uns, dass sie davon eine mobile Küche gekauft hatten, um einmal in der Woche in die Zeltstädte von Piräus zu fahren und die gestrandeten Afghanen, Syrer und Irakies mit einer warmen Mahlzeit zu versorgen. Ich darf verraten, dass dieser zärtliche und anrührende, dieser große Moment selbstverständlicher Solidarität zwischen den Völkern nicht nur Rolf, sondern jeden Einzelnen von uns zu Tränen rührte.

Ein besonderes Herzensanliegen ist Rolf aber bis heute der Kampf für den Frieden. „Ohne die persönlichen Kriegserfahrungen“, erzählte er mir vor einigen Monaten, „wäre ich vermutlich heute so gutgläubig wie viele unter uns, die den in die Irre führenden Erklärungen aus Regierungskreisen und in den Medien vertrauen“, und er ergänzte, es seien Erklärungen, die ihn vielfach an die Propaganda der letzten Kriegsjahre erinnerten.

Doch es sind nicht nur die eigenen Kriegserfahrungen, die ihn antreiben, sich rastlos für den Frieden zu engagieren, sondern auch eine tief sitzende Klassensolidarität. Als aktiver Gewerkschafter weiß Rolf, wer auf den

Schlachtfeldern der Geschichte gekämpft und wer dies nicht getan hatte. Wenn wir heute deutsche Städte besuchen, dann finden wir in jedem Stadtzentrum, egal wie groß oder klein, einen Gedenkstein mit den Namen der im Ersten oder Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten dieser Stadt. Und wenn wir die Namen auf den Steinen lesen, dann sind das unsere Namen, die Namen von Tischlern, Metzgern, Industriearbeitern. Es sind nicht die Namen der Kriegsminister, der Rüstungsfabrikanten und Oligarchen, nein, es sind unsere Namen. Und wie damals wollen sie uns auch heute wieder in ihre Kriege schicken, auf ihren Schlachtfeldern kämpfen und sterben lassen, für ihre Interessen, für ihre Profite. Von Mark Twain stammt der Satz, Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich. Sich heute in die Friedensbewegung einzureihen, um den kommenden großen Krieg zu verhindern, heißt Einfluss nehmen zu wollen auf den Verlauf der Geschichte, auf ihr Reimschema, auf ihr Versmaß.

Lieber Rolf, liebe Anwesende, ich möchte am Ende meiner Laudatio nicht unerwähnt lassen, dass Rolf ebenso wie die Namensgeberin dieses Preises, Rosa Luxemburg, stets mit wachen Augen auf die von Krise, Krieg und Ungerechtigkeit gebeutelte Gesellschaft geschaut hat. Und genauso wie Rosa Luxemburg ging es auch Rolf nie nur um die eine Ungerechtigkeit, um den einen Krieg, die eine Krisenauswirkung – sondern es ging immer um das große Ganze. Wieder und wieder sagte er mit Brecht: „Kampf um den Frieden ist Kampf gegen den Kapitalismus“.

„Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat“. Diesen Satz hat uns Rosa Luxemburg mitgegeben. Rolf hat das praktiziert. Er hat das als wahr Erkannte ausgesprochen – ohne Rücksicht auf persönliche Konsequenzen. Die Stärke dafür zog er aus der Erkenntnis, dass das Grundübel von Faschismus, Krieg und unschuldig in der Todeszelle sitzenden Journalisten eine Gesellschaft ist, die die Profite der Wenigen höher stellt als ein Leben in Würde für die Mehrheit. Seine Zuversicht zog er aus der Vision, nach der wir alle eines Tages frei und gleich miteinander leben könnten, aber auch aus der Betrachtung der Widersprüche auf dem Weg dorthin. Denn dort, wo Krise, Krieg und Ungerechtigkeit das Leben der Menschen prägen, da ist nicht etwa alles verloren und hoffnungslos. Da wächst auch die Bereitschaft zum Widerspruch. Dieser Widerspruch aber entsteht nicht von allein. Es braucht immer jemanden, der ihn zuerst formuliert und anderen dadurch ein Beispiel gibt. Dies hat Rolf sein Leben lang getan.

Würden wir Rolf fragen, ob es einen Preis bräuchte, um sein Engagement auszuzeichnen, er würde es mit der freundlichen Zugewandtheit und der Bescheidenheit, die wir an ihm mögen, verneinen. Und vermutlich hätte er dazu auch das passende Brecht-Zitat parat. Ich persönlich finde, es ist eine lang überfällige Geste für einem Freund, der uns neun Jahrzehnte lang ein Beispiel dafür gab, wie leicht es doch eigentlich ist, gerade zu stehen und mit durchgedrücktem Rücken Nein zu sagen, wenn sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln.

Lieber Rolf, liebe Anwesende, ich möchte schließen mit der nachdenklichen Bilanz, die Rolf vor einigen Jahren auf einem Ostermarsch äußerte: „Seit mir bewusst wurde, was ich als Kind während des 2. Weltkrieges er-

lebt habe, war mein Anliegen und bleibt es, dazu beizutragen, dass sich Vergleichbares nicht noch einmal ereignen kann. Ich bin allerdings wie viele meiner Generation mit diesem Anliegen gescheitert: Wir haben die Wiederbewaffnung Westdeutschlands nicht verhindern können, nicht die Notstandsgesetze, nicht das Niederschlagen der Schüler- und Studentenbewegung von 1968, nicht die gegen die Sowjetunion gerichtete Nachrüstung 1983 und auch nicht die Kriegsbeteiligung Deutschlands beim NATO-Überfall auf Jugoslawien 1999.“ Ich möchte darauf erwidern: Wer seinen Anteil daran hatte, dass in den 80er Jahren eine Friedensbewegung entstehen konnte, die so stark war, dass sie weit in die Gesellschaft hineinreichte, der ist nicht gescheitert. Die Friedensbewegung der 80er Jahre – das waren Lichterketten, die Städte verbanden, das waren Soldaten in Uniform auf Friedensdemonstrationen, das waren Konversionskämpfe in Rüstungsbetrieben, das waren Gewerkschafter, die sich trotz dem Verbot ihrer Organisation widersetzen und ihre Fahnen mit auf die Friedenskundgebungen nahmen. Diese Friedensbewegung macht uns heute Mut. Und sie gibt uns ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, die Menschen für den Traum vom Frieden zu begeistern und zu mobilisieren. Wir waren nicht mit allem erfolgreich, das mag sein. Aber der Grundstein ist gelegt, und es wird

Zeit, dass wir es endlich werden. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch, lieber Rolf, zum Rosa-Luxemburg-Preis 2025. Er geht sehr verdient an dich.“



Ulrike Eifer, Foto: Junge Welt

## Der bleibende Verdienst von Hans Steiger

Als die Berliner Gruppe im Jahr 2002 beschloss, nach jahrelangem Stillstand der Beziehungen zwischen der Gruppe Arbeiterpolitik und der Gruppe Arbeiterstimme, wieder in politische Debatten einzutreten und künftig an den Jahreskonferenzen der Gruppe Arbeiterstimme teilzunehmen, war es Hans Steiger, der uns mit offenen Armen empfing und alles daransetzte, dass die Debatten in einem sachlichen Klima stattfanden. Dies fiel nicht schwer, da mit Ausnahme von Hans niemand mehr auf den JK anwesend war, der die Spaltung miterlebt hatte.

In den folgenden Jahren intensivierten sich die Kontakte zwischen beiden Gruppen. Wechselseitig wurden Texte der jeweils anderen Gruppe veröffentlicht, frühere Broschüren nach Absprache neu aufgelegt, und der Vertrieb koordiniert. Auch die persönlichen Kontakte vertieften und erweiterten sich.

Dass der letzte Schritt dieser Kooperation bisher nicht gegangen wurde, hängt sicherlich mit Vorbehalten zusammen, die Hans gegenüber einem Zusammenschluss noch hegte. Er trug einige Verletzungen aus der Zeit der Trennung in sich, die er nur schwer hinter sich lassen konnte.

Gerade deshalb ist es ihm hoch anzurechnen, dass er maßgeblich dazu beigetragen hat, die früheren Blockaden zwischen beiden Gruppen zu überwinden. So konnte im Laufe der Jahre eine solide Grundlage geschaffen werden, um die anstehenden gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen gemeinsam, offen und zielgerichtet diskutieren zu können.

*H.B., 13.05.2025*

Trauerrede gehalten bei der Beerdigung unseres Genossen Hans Steiger

Übernommen von unserer Geschwisterzeitschrift Arbeiterstimme.

### Werte Trauernde,

Am 15. November starb unser Genosse Hans Steiger in Nürnberg. Er war Mitgründer der Gruppe Arbeiterstimme und damit der letzte seiner Generation in unseren Reihen.

Hans hat die vielen Brüche des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts in der deutschen Geschichte miterlebt. Den Faschismus, der sein junges Leben in den Jahren des Hungers und der Bomben bedrohte, und die sogenannten Wirtschaftswunderjahre, in denen die meisten Menschen von der Politik nichts mehr wissen wollten – es ging ja aufwärts, auch bei den Tätern, ohne die ein so umfassendes Menschheitsverbrechen nicht möglich gewesen wäre. Den Aufbruch der Jahre um 1968, die das Versprechen abgaben, dass eine andere Politik durchsetzbar wird, mit anderen gesellschaftlichen und persönlichen Freiheiten und einem anderen, unbelasteten Personal und die Restriktionen der späteren 1970er Jahre mit ihrer bleiernen Zeit und den Berufsverboten.

Die Verschärfung der militärischen Spannungen in Europa der 1980er und das Ende der sozialistischen Staatenwelt, inklusive der Sowjetunion.

Hans, wie uns alle in der Gruppe Arbeiterstimme, hat dieses Ende sehr getroffen, auch wenn wir dem existierenden Sozialismus stets kritisch, aber auch solidarisch gegenüberstanden. Wir wussten immer von den unzureichenden Voraussetzungen nach dem Weltkrieg, um ein antikapitalistisches System aufzubauen und waren doch erschüttert, als die Staaten nacheinander implodierten. Ich erinnere mich, dass Hans, inmitten des politischen Desasters, seiner Befriedigung Ausdruck gab, dass dieses Ende eines Staatensystems weitgehend unblutig verlief. Welchen Wert diese Tatsache hatte, mussten wir ohne weltgeschichtliche Pause zuerst außerhalb Europas, bald aber auch in Europa selbst miterleben. Den äußerst blutigen Krieg um Kuwait und die US-Invasion im Irak, die Sezessionskriege in Jugoslawien, das in blutige Stücke gerissen wurde, den NATO-Krieg gegen Serbien, in dem auch die Bundeswehr aktiv war.

Uns Jüngeren, die wir zwar die Fakten kannten, aber kein Erleben damit verbinden mussten, gelang es leichter, Distanz zu bewahren. Hans hatte es da viel schwerer, alle Kriege und Katastrophen wirkten nochmals so bedrückend, weil sie auf den Resonanzboden seiner Kindheits- und Jugenderinnerungen trafen.

Trotz alledem oder gerade deswegen: Hans war davon überzeugt, dass sich der Kampf für eine bessere, eine sozialistische Zukunft lohnen wird. Dafür trat er bereits als junger Erwachsener ein: zuerst in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, dann in der Arbeiterbewegung. Seine Hinwendung zum Sozialismus erfolgte in der Gruppe Arbeiterpolitik, wo er mit Genossinnen und Genossen Kontakt bekam, die seit langer Zeit politische Erfahrung hatten. Die für ihre Überzeugungen Verfolgung, Haft und Exil erleiden mussten und die ihn prägten. Er schärfte seine Überzeugungen in vielen Diskussionen und Aktionen. Mit Schulungsabenden und im Selbststudium gewann er neues Wissen und größere Sicherheit bei der Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Daraus resultierte auch seine Herangehensweise an Probleme, seine Art zu diskutieren und vor allem seine typische Zähigkeit, wenn er Ziele verfolgte.

Zu Beginn der 1970er Jahre wagte er mit einigen Genossen der alten Gruppe einen Neuanfang mit der Gruppe Arbeiterstimme, deren Mitgründer er war. Man war auseinandergegangen, weil die politischen Differenzen nicht mehr anders zu überbrücken waren. Die Aufgaben mit dem Aufbau einer neuen Stimme im linken Lager waren vielfältig und sicher sehr belastend. Neben der Festigung der eigenen Gruppe in Diskussionen und Auseinandersetzungen wollte man nach außen wirken. Die Gruppe gab eine eigene Vierteljahreszeitschrift, die gleichnamige Arbeiterstimme, heraus. Über lange Zeit prägten seine Artikel das Bild in der Öffentlichkeit. Entlastung bekam er erst, als die jüngere Generation stärker Verantwortung übernehmen konnte.

Sein über viele Jahre gewonnenes Wissen, seine unschätzbare Erfahrung und sein nimmermüder Einsatz für eine bessere, eine sozialistische Zukunft prägten unsere Gruppe nicht nur über die Jahrzehnte, sondern halfen uns, Rückschläge und Enttäuschungen, die unsere Arbeit begleiteten, zu analysieren und in produktiver Weise umzusetzen. Seine Art, den Menschen zugewandt zu sein und zu bleiben, war für uns und unsere politische Reifung essenziell. Diskussionen und Auseinandersetzungen, die in der Sache auch hart sein konnten, führten nicht zur persönlichen Verletzung. Auch wenn sich die politischen Wege trennten, konnte man sich immer noch ins Gesicht sehen. Der tiefe, gelebte Humanismus, der so stark mit seinen Kindheits- und Jugenderfahrungen im und nach dem Krieg zu tun hatte, war uns Anschauung und Vorbild zur gleichen Zeit.



Wir werden ihn nicht vergessen.